Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. [Telephon Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden

Nr. 153 Donnerstag den 4. Juli 1901. 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Bilanz des Aufschwungs.

Wp. Es wäre interessant, festzustellen, wie sich das Einkommen der verschiedenen Gesellschaftsklassen während der Jahre des Aufschwungs entwickelt hat. Bezeichnenderweise ist aber gerade dieser Zeitraum arm an Einkommenstatistiken. Zur Zeit des wirthschaftlichen Niederganges war die Einkommensstatistik ein gern gerittenes Steckenpferd der Sozialreformerischen Professoren. In Sachsen hat Professor Böhmert die Einkommensbewegung regelmäßig verfolgt. Für Preußen lieferte Prof. Sötbeer fleißige Arbeiten. Aber seit 1894 ist die sächsische Einkommenstatistik gänzlich eingegangen, während die preußische nur ein paar höchst allgemeine Zahlen liefert und sich wohl hütet, in die Entwicklung der großen Einkommen Einsicht zu gewähren. Wir erfahren aus der preußischen Statistik nur, daß das Einkommen der Aktiengesellschaften in Preußen im dreijährigen Durchschnitt 1894—1896 291 Millionen betrug, dagegen 1897—1899 434 Millionen; daß während dieser Zeit die Zahl der Aktiengesellschaften von 1417 auf 1629 stieg und das Durchschnittseinkommen der einzelnen Gesellschaft von 205 000 auf 266 000 jährlich, also um fast 33 Prozent. Das Aktienkapital vermehrte sich während des gleichen Zeitraums von 3973 auf 4910 Millionen, also um fast eine Milliarde.

Da die preußische Einkommenstatistik mit dreijährigen Durchschnitten rechnet, so stumpft sie die Unterschiede ab. Sieht man sich die Bilanzen der einzelnen Aktiengesellschaften an, so findet man in dem Zeitraum 1894 bis 1899 eine Verdoppelung, Verdreifachung, ja Vervierfachung des Reingewinns. So betrug der Reingewinn des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins 898 192 Mk. im Jahre 1894/95 und ganze 4 797 198 Mk. in 1898/99, also mehr als eine Verfünffachung, und das trotz 2,9 Millionen Abschreibungen im letzten Jahr; die vertheilte Dividende stieg von 3 auf 14 Prozent. Der Eschweiler Bergwerksverein vermehrte während des gleichen Zeitraums seinen Reingewinn von 1,1 Millionen auf 2,6 Millionen, die Königs- und Laurahütte ihren Bruttogewinn von 2 962 707 auf 8 122 009 Mk. Der Reingewinn der Deutschen Bank stieg 1895/1899 von 11,4 auf 20,3 Millionen.

Einen mehr allgemeinen Ueberblick über die Entwickelung des Kapitalbesitzes giebt die Statistik der Emissionen (Ausgaben von Aktien usw.) Im Zeitraum 1895 bis 1900 sind auf dem deutschen Geldmarkt, nach dem Kurswerth, 11 573 Millionen Mark neue Emissionen aufgelegt worden. Das sind 11½ Milliarden, die das deutsche Kapital während dieser 6 Jahre auf Kosten der Arbeiter „erspart“ und der Börse zugeführt hat! Ihren Höhepunkt hat diese Emissionsthätigkeit 1898 mit 2462 Millionen erreicht — gegenüber den 1181 Millionen vom Jahre 1895 mehr als eine Verdoppelung. Die industrielle Gründerthätigkeit im besonderen hatte ihren höchsten Punkt 1899 mit 666 Millionen (1895 blos 229 Millionen). Alles in Allem wurden während des besprochenen Zeitraums in industriellen Aktien 2,3 Milliarden Mark angelegt, in Bankaktien 1½ Milliarden, in deutschen Hypotheken 2,1 Milliarden. Obwohl aber die Börse einen immer größeren Theil der Kapitalanhäufung erfaßt, so geht doch noch keineswegs das gesammte angesammelte Kapital durch die Börse. Die vorstehenden Zahlen geben also noch bei weitem nicht den gesammten Kapitalzuwachs in Deutschland während der Jahre des industriellen Aufschwungs an. Sie lassen nur annährend erkennen, welche ungeheuren Reichthümer die deutsche Kapitalistenklasse, außer dem raffinirten Genuß, an dem sie es sich nicht hat fehlen lassen, aus ihrem Mehrwerth während dieser Jahre hat erübrigen können.

Nicht minder hat der kapitalistische Staat sich den Aufschwung zu Nutze kommen lassen. Die Ausgaben des Deutschen Reichs für 1894 betrugen 1337 Millionen, nach dem Etat für 1901 sind bereits 1910 Millionen (unter Abrechnung der Betriebsausgaben für Eisenbahnen, Post und Reichsdruckerei) vorgesehen, also 573 Millionen mehr. Nimmt man das Jahr 1894 als Norm an, so findet man, daß das Reich seitdem rund 1¼ Milliarden mehr verausgabt hat. Zu den Ausgaben des Reichs kommen aber noch jene der einzelnen Staaten. Allein das Budget Preußens stieg 1894 bis 1900 von 1936 auf 2472, also um 536 Millionen. Auch hier das Jahr 1894 als Norm genommen, beläuft sich die Mehrausgabe der letzten Jahre auf 1½ Milliarden. Wir haben also im Reich und in Preußen eine Mehrausgabe von 2¾ Milliarden, die der Aufschwung ermöglicht hatte. Freilich, wie immer, wirthschaftete der Staat auch diesmal über seine Mittel: die Reichsschuld stieg um 383 Millionen, die preußische Staatsschuld um 220 Millionen. Das Verhängnißvolle ist dabei, daß der kapitalistische Staat von der einmal erklommenen Höhe des Budgets nicht gern heruntergeht. Da aber die Staatseinnahmen zur Zeit des schlechten Geschäftsgangs sich vermindern, so bleibt nichts übrig, als Steuererhöhungen. Auch ein Beitrag zur Sozialreform: statt dem Nothstand zu wehren, kommt der kapitalistische Staat gerade während des Nothstands mit neuen Steuern! Welchem Zweck die gesteigerten Staatsausgaben dienen, weiß man. Dem Ankauf von Kanonen und Panzerschiffen!

Nach den Jahren des industriellen Aufschwungs steht die Kapitalistenklasse in gesteigerter Machtfülle da. Sie hat ihren Reichthum, der ihr die Ausbeutung des Proletariats sichert, enorm vermehrt. Der Staat, auf den sie sich stützt, hat seine Rüstung erneuert, seine Kriegsmacht gesteigert und ist bereit, ein Heer von Hunderttausenden in Bewegung zu setzen, um dem Kapital neue Ausbeutungsquellen zu erobern. Wie steht es aber um die Arbeiter? Was hatten sie von dem Aufschwung?

Die Berechnungen der Unfallversicherung, die bekanntlich das Arbeitereinkommen viel zu hoch angeben, da sie die Löhne der jugendlichen und minder bezahlten Arbeiter mit dem „ortsüblichen Tagelohn“ in Rechnung setzen, ergeben für 1894 bis 1899 eine Vermehrung des durchschnittlichen Einkommens der gewerblichen Arbeiter um nicht ganz 15 Prozent. Für einige Berufsgenossenschaften im besonderen stellt sich die Lohnsteigerung wie folgt: Knappschafts-G. 18 Proz., Schlesische Eisen- u. Stahl-G. 11,7 Proz., Rh.-W. Maschinenbau-G. 11,6 Proz., Rh.-W. Hütten-G. 10,5 Prozent, Norddeutsche Holz-G. 10 Proz., G. d. chemischen Ind. 9,5 Proz., Nordöstliche Baugewerks-G. 9,3 Proz., Buchdrucker-G. 7,8 Proz., Sächsische Textil-G. 6,5 Proz. Bieten diese Steigerungen des durchschnittlichen Arbeitereinkommens schon an und für sich ein jämmerliches Bild, so sind sie, wenn man die angeführten offiziellen Zahlen der Kapiatalansammlung während des gleichen Zeitraums in Betracht zieht, Hohn und Spott auf jede sozialreformorische Harmoniedusel ei. Und erst die absolute Höhe dieser Einkommen! Das um 15 Proz. gestiegene Durchschnittseinkommen der gewerblichen Arbeiter betrug 1899 volle 752 Mark, nicht einmal 15 Mark die Woche! Damit kann nicht einmal ein Einzelner menschlich leben, und doch muß damit und mit noch weniger eine ganze Familie auskommen!

Doch auch diese miserable Einkommensteigerung war infolge der allgemeinen Theuerung zu einem großen Theil illusorisch. Die Brodpreise waren bis 1897 und 1898 gestiegen, um dann etwas nachzulassen — immerhin stehen sie jetzt noch bedeutend höher als 1894. Im Jahre 1898 war an einzelnen Orten der Weizenmehlpreis um 30, 40, 50 Prozent höher als 1894. Auch die Kartoffeln sind gegenüber 1894 im Preise gestiegen und an vielen Orten die Fleischpreise. Der kleine Haushaltungsbedarf vertheuerte sich bis auf Seife, Tinte, Papier. Die Petroleumpreise sind um volle 40 Proz. gestiegen, die Zuckerpreise sind gestiegen, die Preise für Häringe, für Reis. Und gestiegen ist vor allem der Miethzins! Wie sehr das letztere der Fall war, zeigt schon die Thatsache, daß das Einkommen der preußischen Steuerzahler mit mehr als 3000 Mk. Jahreseinkommen, sofern dieses Einkommen aus dem städtischen Grundeigenthum fließt, 1894 bis 1898 um 19,7 Proz. gestiegen war. Diese Zahlen geben noch durchaus nicht die wirkliche Steigerung der städtischen Grundrente, weil ein sehr großer Theil derselben als Hypothekenzins abgezogen wird; außerdem beziehen sich, wie schon erwähnt, die preußischen Zahlen, auf einen dreijährigen Durchschnitt.

Die nominelle Erhöhung des Arbeitereinkommens ist nur zu einem geringen Theil durch Lohnerhöhung, zumeist durch regelmäßigere Beschäftigung und durch Ueberstunden erreicht worden. Die Folge davon war eine Ueberanstrengung, die Folge dieser eine Vermehrung der Unfälle. Mit der Regelmäßigkeit einer Naturwirkung stieg die Unfallziffer im Gewerbe von 6,25 pro Mille im Jahre 1894 auf 7,39 im Jahre 1899. Das Ergebniß der Unfälle seit 1885 bis 1900 ist: 21321 Getödtete, 110109 dauernd und 76638 vorübergehend Erwerbsunfähige. Die blutigen Kriege der letzten Jahre haben nicht soviel Menschenopfer gekostet, als allein die deutschen Arbeiter auf dem Schlachtfelde der kapitalistischen Industrie an Todten und Verwundeten verloren haben! Damit haben sie die geringe Erhöhung des Einkommens bezahlt, die ihnen dann der Hausherr und der Krämer weg eskamotirt haben.

Die im Gewerbe beschäftigte Arbeiterzahl stieg um 1,4 Millionen oder 27 Proz. Während des gleichen Zeitraums hat aber die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter 16 Jahren um 41 Proz. zugenommen. Schon das beweist, daß der industrielle Aufschwung eine absolute und relative Vermehrung der Kinderausbeutung zur Folge hatte. Die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Kinder beträgt jetzt 213974, darunter Kinder unter 14 Jahren 7408 gegenüber nur 4259 im Jahre 1894. Bekanntlich, bevor der industrielle Aufschwung eintrat, fand eine regelmäßige Verminderung der Zahl der Kinder unter 14 Jahren in den Fabriken statt ebenfalls ein Stück, womit die Sozialreformer hausiren gingen.

Also, was ist die Bilanz? Das Proletariat hat unter gewaltigen Anstrengungen, die sehr vielen die Arbeitskraft auf Jahre hinaus geschwächt und das Leben gekürzt haben, unter direktem Verlust von vielen Tausenden Menschenleben, unter Aufopferung selbst seiner Jugend, der Kinder im zartesten Alter, die große Arbeit geleistet. Es erhielt dafür vom Kapital einen Hungerlohn und gelegentlich ein Trinkgeld — der Bierkonsum ist um etwa eine halbe Maß wöchentlich pro Erwachsenen gestiegen. Aus der Arbeit des Proletariats ergoß sich indessen ein Milliardensegen über die Kapitalistenklasse. Der Proletarier steht zu Ende, wie am Anfang, mit leeren Händen da, er hat sein Leben durchgefristet und besitzt nun nach wie vor nichts als seine Arbeitskraft zum Verkaufe — die Kapitalistenklasse hat aber jetzt in ihrem Privateigenthum eminent erweiterte Produktionsmittel. Innerhalb der Krisis selbst, die einzelne Kapitalisten ruinirt, gelangt die Macht die Kapitals zur größeren Konzentration, Zusammenfassung, — das Proletariat hingegen sieht sich vor einer vermehrter Reservearmee, welche die Löhne drückt. Und indessen der Staat alle Hebel in Bewegung setzt, um dem Kapital Kolonien zu verschaffen, hat das Proletariat sichere Aussicht — auf neue Steuern!

Wer Angesichts dieser Entwicklung noch von einem allmäligen Zusammenschrumpfen der kapitalistischen Macht faselt, ist ein Narr oder ein Schwindler. Der Kapitalismus ist kein Schattenbild, das je nach der Beleuchtung sich zusammenzieht oder ausdehnt, der Kapitalismus ist Wirklichkeit, der Kapitalismus ist eine ökonomische Macht, die die soziale Entwicklung sich unterordnet, eine Gesellschaftsordnung, ummauert und durch Flinten und Kanonen geschützt vom Staat — er läßt sich nicht hinwegschwätzen, er muß besiegt werden im harten Kampf, Macht gegen Macht, durch die vereinigte Kraft des sozialrevolutionären Proletariats!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zur Reichstags-Ersatzwahl in Duisburg wird in einigen Blättern berichtet, es sei zwischen Nationalliberalen und Deutsch-Sozialen eine Wahlabmachung zu Stande gekommen, wonach die letzteren zu Gunsten Beumer's auf die Nominirung einer eigenen Kandidatur verzichtet hätten, nachdem die Nationalliberalen sich bindend verpflichtet hätten, bei den nächsten allgemeinen Neuwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause den Deutsch-Sozialen (Antisemiten) ein Mandat zu überlassen. — Es ist mit dem Nationalliberalismus wirklich weit gekommen!

Einen Besuch des Reichskanzlers Grafen Bülow in Petersburg noch im Laufe des Monats Juli kündigt die „Nowoje Wremja“ an mit dem Bemerken, daß diese Reise mit dem Abschlusse eines neuen deutsch-russischen Handelsvertrages zusammenhänge. Zugleich meldet dasselbe Blatt, daß Finanzminister Witte seine beabsichtigte Reise nach der Mandschurei bis zum nächsten Frühjahr verschoben habe. Witte werde im Laufe des Sommers aus Gesundheitsrücksichten nach Wiesbaden reisen.

Mit Volldampf voraus! — Ein günstiger Wind führte dem „Braunschweiger Volksfreund“ folgendes gedruckte Schriftstück zu:

National-Annoncen-Expedition

Mit Volldampf voraus!

Zur Förderung der Bestrebungen des Deutschen Flottenvereins

gegründet 1901 in Braunschweig.

Unter Aufsicht des Gesammt-Ausschusses des Deutschen Flottenvereins.

Unter obiger Firma soll auf Anregung einiger Mitglieder des Deutschen Flottenvereins zum 1. Oktober d. J. ein Privat-Unternehmen ins Leben gerufen werden, aus welchem dem Deutschen Flottenverein eine dauernde, von Jahr zu Jahr sich vergrößernde Einnahmequelle erschlossen werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, übernimmt die genannte Expedition die Verpflichtung, von sämmtlichen ihr zugehenden Insertionsaufträgen eine Umsatzprovision von 5 Prozent oder 50 Prozent des sich ergebenden Reingewinnes jährlich an den Deutschen Flottenverein abzuführen.

Die Expedition ist verpflichtet, sämmtliche ihr zugehenden Insertionsaufträge zu Originalpreisen zu berechnen, unter Gewährung der üblichen Rabattsätze; sie ist ferner verpflichtet, nach Ablauf eines jeden Geschäftsjahres Bilanz zu ziehen, diese durch einen vereidigten Bücherrevisor prüfen zu lassen und die Abrechnung in beglaubigter Form nebst dem resultirenden Betrage der Umsatzprovision dem Präsidium des Flottenvereins einzusenden.

Da voraussichtlich das Interesse für das Unternehmen ein ungemein großes sein dürfte, werden sich in Anbetracht des patriotischen Zweckes nicht nur Handel- und Gewerbetreibende, sondern namentlich auch Großindustrielle, Schiffsbaugesellschaften, Rhedereien sowie Geschäftsleute, die in Folge Lieferungen für die Marine mit dieser in engster Verbindung stehen, sich veranlaßt fühlen, ihre geschäftlichen Ankündigungen fernerhin der National-Annoncen-Expedition „Mit Volldampf voraus!“ zuzuwenden, zumal ihnen hierdurch nicht die geringsten Mehrkosten entstehen und sie indirekt das

Unternehmen, resp. die Bestrebungen des Deutschen Flottenvereins, unterstützen. Daß die staatlichen und städtischen Behörden dem Unternehmen nicht nur gebührende Aufmerksamkeit zuwenden, sondern demselben thatkräftigste Unterstützung angedeihen lassen werden, ist wohl mit Sicherheit anzunehmen.

Auch seitens Privater wird man sich der Expedition gern bedienen, denn wie groß das Interesse für die Entwickelung unserer Marine im deutschen Volke ist, darüber giebt das „Handbuch der Organisation des Deutschen Flottenvereins" wohl die beste Auskunft und heben wir aus demselben besonders hervor, daß die Zahl der Einzelmitglieder des Deutschen Flottenvereins am 15 August v. Js. eine Viertel Million betrug und bei den andauernden Neuanmeldungen inzwischen diese Höhe um ein Beträchtliches überschritten haben dürfte Die körperschaftlichen Mitglieder umfassen in 824 Vereinen und 10 größeren Verbänden 350 000 Personen, sodaß die Gesammtmitgliederzahl gegenwärtig 600 000 beträgt. Das Organisationsverzeichniß giebt des weiteren Rechenschaft darüber, daß, abgesehen von den Hauptgeschäftsstellen in den einzelnen Landestheilen und Provinzen, über 1200 Ausschüsse, kleine oder größere Bezirke umfassend, über das ganze Reich ausgebreitet sind.

Es wird sich in nicht zu langer Zeit das Bedürfniß herausstellen, in den größeren Städten Nord- und Süddeutschlands Zweigniederlassungen zu eröffnen. Geeignete Personen, welche sich um die Uebernahme einer derartigen Filiale erwerben, haben außer den oben angegebenen Verpflichtungen für die Führung der obigen Firma noch eine einmalige besondere Steuer an den Deutschen Flottenverein abzuführen und zwar beträgt dieselbe der Einwohnerzahl jeder Stadt entsprechend von 100 Mk aufsteigend bis 2000 Mark. In jeder Stadt ist natürlich nur eine derartige Expedition zulässig.

Ueber die Verwendung aller dem Deutschen Flottenverein durch das projektirte Unternehmen zugeführten Beträge, die im Laufe der Jahre eine vielleicht kaum erwartete Höhe erreichen dürften, verfügt das Präsidium nach seinem Ermessen.

Alle für den Geschäftsbetrieb der Zentrale, sowie für die Filialen benöthigten Formulare und sonstigen Drucksachen erhalten eine einheitliche Ausstattung, sie werden geschmückt durch eine entsprechende Kopfleiste, die von einem unserer bedeutendsten Marinemaler entworfen werden wird. Die Filialen erhalten diese Drucksachen von der Zentrale zum Selbstkostenpreise.

Die National-Annoncen-Expedition „Mit Volldampf voraus!" steht unter Aufsicht des Gesammt-Ausschusses des Deutschen Flottenvereins; letzterer ist berechtigt, jederzeit Einsicht in die Geschäftsbücher der Expedition zu nehmen, resp. kann er hierzu auch die Vorstände der betreffenden Landesausschüsse beauftragen.

Wenn die Rentabilität des Unternehmens zu irgend welchen Zweifeln auch keinen Anlaß bietet, so sei hier jedoch ausdrücklich erwähnt, daß dem Deutschen Flottenverein nach keiner Richtung Unkosten erwachsen, selbst wenn die gehegte Hoffnung sich nicht erfüllen und das Unternehmen nicht in der gewünschten Weise einschlagen sollte.

Wie muß die Flottenvereinskarre verfahren sein, wenn man zu solchen Mitteln zu greifen gezwungen ist, um sie in Gang zu bringen. Der Verfasser des Schriftstückes, das muß man ihm lassen, kennt genau seine Leute. Er wendet sich an alle Interessenten, die in Folge von Lieferungen für die Marine mit dieser in allerengster Verbindung stehen und erinnert sie an den „patriotischen" Zweck des Flottenvereins, der bekanntlich für alle Marineforderungen Stimmung macht. Er vermuthet ganz treffend, daß der Hinweis auf die Verbindung genügen wird, um den Patriotismus dieser Leute zur Weißglut zu bringen. Die geschwollenen Angaben über die Mitgliederzahl des Flottenvereins werden auf das Thatsächliche zurückgeführt, wenn man sich erinnert, wie die Mitglieder gemacht werden.

Zur Massenfabrikation von Gesetzen schreibt der bekannte Sozialpolitiker, Privatdozent Dr. Jastrow in dem „Freien Wort", welches der demokratische Landtagsabg. Saenger-Frankfurt a. M. herausgiebt: „In der ersten Hälfte des letzten Jahrzehnts schwankte die Stärke der Bände der Preußischen Gesetzsammlung und des Reichsgesetzblatts zwischen 3 und 6 Centimeter, in der zweiten Hälfte zwischen 6 und 9 Centimeter. „Man braucht den ganzen Stoff der Gesetzgebung nur einmal an sich vorüberziehen zu lassen, um sich zu sagen: dieser Massenfabrikation kann Niemand mehr mit Interesse folgen. Die heute im Mannesalter stehende Generation, die in den früheren Zeiten ruhigen und intensiven Arbeitens Interesse gewonnen hat, wird es in gewissem Umfange noch behalten. Die junge Generation aber wächst von vornherein in der Anschauung auf, daß das Dinge seien, denen sie nicht folgen kann. Alle, die mit der heutigen Gesetzgebung unzufrieden sind, sind auf dem Irrwege, wenn sie bessere Gesetze verlangen. Was uns zunächst noth thut, wäre eine Zeit mit weniger Gesetzen. Auch in der Gesetzgebung gilt das Sprichwort: Allzuviel ist ungesund!" — Ein treffendes Wort zur richtigen Zeit!

Er kann den Mund immer noch nicht halten, nämlich Professor Ruhland, die bekannte agrarische Leuchte. An die „Frankf. Zeitung" hat er folgende Berichtigung gesandt:

Ich ersuche Sie, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 11. Mai 1874 Ihre Veröffentlichung in Nr. 175 Ihrer Zeitung vom 26. Juni betreffend nur Aufnahme der nachstehenden Berichtigung:

1. Es ist unwahr, daß meine seiner Zeit Ihnen zugeschickte Berichtigung keine Berichtigung war. Jede dieser meiner Erklärung entgegenstehende Aeußerung ist unwahr.

2. Es ist nicht wahr, daß ich in meiner letzten Erklärung in der Deutschen Tageszeitung ein Märchen erzählt habe; diese Angaben entsprechen vielmehr dem thatsächlichen Hergang in allen Theilen.

3. Es ist nicht wahr, daß ich im Jahre 1893 eine „Liga" zu stande bringen wollte, die etwa das Gegentheil von dem sein sollte, was der Bund der Landwirthe ist.

4. Es ist nicht wahr, daß ich im Jahre 1895 auf der Redaktion der Frankfurter Zeitung erschien, um dieselbe für eine solche oder irgendwie geartete Liga zu gewinnen.

Hochachtend Dr. Ruhland.

Das demokratische Blatt hält natürlich dem gegenüber alle seine Behauptungen aufrecht. Inzwischen wartet unser Münchener Parteiorgan mit der folgenden neuen Mittheilung auf:

„Wenn uns recht ist, war's im Spätherbste 1893, als Ruhland mit Ratzinger und anderen Bauernbundsführern in bayerischen Bauernbundsversammlungen auftrat, als er, im tadellosen grauen Gehrock und mit hellen Gamaschen an den Füßen auf der Journalistentribüne des Landtages ein regelmäßiger Gast war. Als Ratzinger das grüne agrar-klerikale Wunderthier überall herumzeigte und Allen, die es nicht hören wollten, in's Ohr raunte: „Das ist der richtige Nachfolger Brentanos!" Zur nämlichen Zeit auch begannen in der Kammer die Ratzinger'schen Angriffe auf Brentano, erschienen in der bauernbündlerischen Presse die giftigen Artikel gegen diesen Nationalökonomen. Alles Dinge, von denen der grüne Freund Dr. Ratzingers natürlich gar keine Ahnung hatte. Nicht wahr, Herr „Professor" Dr. Ruhland? Da die bayerische Regierung, die ja schon einmal ihre Erfahrungen mit der interessanten Persönlichkeit des Herrn Ruhland gemacht hatte, keine Miene zeigte, die Wünsche Dr. Ratzingers zu erfüllen, da auch Brentano boshaft genug war, nicht zum Besten des betriebsamen jungen Herrn abzudanken, verschwand dieser vom Plan. Wie er dann später durch Lobreden auf das früher von ihm bekämpfte Zentrum sich den Weg zu den Dominikanern nach Freiburg bahnte, wie er die intime Freundschaft des Herrn Dr. Heim (Zentrumsabgeordneter. Red. d. L. V.) wiedergewann, das sind so bekannte Vorgänge, daß sie keiner Auffrischung bedürfen."

Was die „Münchener Post" hier erzählt, ist der „Frkf. Ztg." zufolge richtig. Dr. Ratzinger wollte den Professor Brentano stürzen und Ruhland auf seinen Münchener Lehrstuhl setzen. Damals war die große Futternoth, und Ruhland führte sich bei den Bauernführern damit ein, daß er Futter aus Amerika für die Bauern verschrieb. Es wurde das damals vom Ratzinger überall gerühmt und die Umsicht Ruhlands in Gegensatz zur Regierung gesetzt und zwar in den bei Ratzinger so sehr beliebten drastischen Ausdrücken. — Der arme Ruhland, er reitet sich immer tiefer in die Tinte!

Nach der Produktionsstatistik des Reichsamts des Innern wurden allein im Jahre 1897 in Deutschland für 112,3 Millionen Mark Damen- und Kindermäntel angefertigt. Hierzu sind Stoffe und Zuthaten im Werthe von 63,9 Millionen Mark verwendet. Der Produktionswerth vertheilt sich auf den Detailverkauf mit 9,1 Millionen Mark oder 8,1 Prozent, Engrosverkauf (Inland) mit 60,7 Millionen Mark oder 54,1 Proz. und mit 42,5 Millionen oder 37,8 Proz. auf den Export.

Die Wahlen zum Reichsversicherungsamt. Mit dem 1. Januar 1902 endet nach § 24 der Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen vom 30. Juni 1900 die Wahlperiode der nach den bisherigen Bestimmungen gewählten nicht ständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie ihrer Stellvertreter. Für die von den Vorständen der gewerblichen und der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften und von den Ausführungsbehörden sowie von den dem Arbeiterstand angehörenden Beisitzern der Schiedsgerichte vorzunehmenden Neuwahlen bestimmt der Bundesrath das Stimmenverhältniß der einzelnen Wahlkörper unter Berücksichtigung der Zahl der versicherten Personen. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Graf von Posadowsky, hat dem Bundesrath eine Denkschrift des Reichsversicherungsamts zugehen lassen, welche folgende Beschlußfassung empfiehlt:

1. Daß das Stimmenverhältniß der an der Neuwahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts aus dem Stande der Arbeitgeber und ihrer Stellvertreter betheiligten Vorstände der unter das Gewerbeunfallversicherungsgesetz, das Bauunfallversicherungsgesetz fallenden Berufsgenossenschaften und der hierher gehörigen Ausführungsgesetze sich bemißt nach der in der Nachweisung über die gesammten Rechnungsergebnisse für das Jahr 1899 angegebenen Zahl der versicherten Personen.

2. Daß das Stimmenverhältniß der inzwischen neu errichteten Ausführungsbehörden, über welche in jener Nachweisung Angaben nicht enthalten sind, sich nach den von den betreffenden Ausführungsbehörden überschläglich anzugebenden Zahlen der im Jahre 1900 versichert gewesenen Personen bemißt.

3. Daß das Stimmenverhältniß der an der Neuwahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Arbeitgeber und ihrer Stellvertreter betheiligten Vorstände der unter das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirthschaft fallenden Berufsgenossenschaften und der hierher gehörigen Ausführungsbehörden sich bemißt nach der in der Nachweisung über die gesamten Rechnungsergebnisse für das Jahr 1899 angegebenen Zahl der versicherten Personen.

4. Daß bei der Bemessung des Stimmverhältnisses der an der Neuwahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Stande der Versicherten und ihrer Stellvertreter betheiligten Schiedsgerichtsbeisitzer die auf Grund der Berufsstatistik vom 14. Juni 1895 ermittelte Zahl der versicherungspflichtigen Personen, wie sie sich aus der Anlage II zur Begründung des Invalidenversicherungsgesetzes und aus der vom Reichsversicherungsamt besonders zu diesem Zwecke vorgenommenen Auszählung ergiebt, in der Weise zu Grunde zu legen ist, daß jeder Schiedsgerichtsbeisitzer diejenige Anzahl von Stimmen erhält, die sich bei der Theilung der Zahl der in dem Bezirke der betreffenden Versicherungsanstalt oder bei der besonderen Kasseneinrichtung vorhandenen versicherungspflichtigen Personen durch die Gesammtzahl der Beisitzer der für die Versicherungsanstalt oder die Kasseneinrichtung gebildeten Schiedsgerichte ergiebt. Dabei hat eine Trennung der versicherungspflichtigen Personen und der Schiedsgerichtsbeisitzer in der Weise stattzufinden, daß die Stimmenzahl der land- und forstwirthschaftlichen Beisitzer der Schiedsgerichte, der auf Grund des Seeunfallversicherungsgesetzes versicherten oder auf Grund der Unfallversicherungsnovelle vom 30. Juni 1900 berufenen Beisitzer der Schiedsgerichte sowie der sonstigen Schiedsgerichtsbeisitzer besonders zu zählen ist

45 tägige Rückfahrkarten. Die Blätter kommentiren eifrig die höchst überraschende Reform des preußischen Eisenbahnministers, wonach in Zukunft in Preußen und Hessen die Giltigkeit sämmtlicher Rückfahrkarten auf allen Stationen der preußischen und hessischen Staatsbahnen ohne Aenderung der Fahrpreise und ohne Unterschied der Entfernung auf 45 Tage festgesetzt worden ist. Hier und da begegnet man der Vermuthung, daß die Beseitigung des allzu fiskalischen Miquel eine Vorbedingung auch für diese Reform gewesen sei. Daneben taucht jetzt noch die Vermuthung auf, daß Herr Thielen durch seine Neuerung Revanche für das Scheitern der Verhandlungen über die Errichtung einer Eisenbahngemeinschaft mit den süddeutschen Staaten habe nehmen wollen. Die „Berl. Ztg." hat diese Annahme geäußert. Sie meint, daß nunmehr Bayern und Württemberg „klein beigeben müssen." Diese letztere Vermuthung läßt sich wohl nicht ganz von der Hand weisen, und man wird umso mehr darin bestärkt, wenn man daneben hält, was der „Kölnischen Zeitung" darüber aus München gemeldet wird. Man schreibt von dort dem rheinischen Weltblatt: „Sämmtliche süddeutschen Eisenbahn-Verwaltungen scheinen durch die sofortige Einführung der 45tägigen Giltigkeit für die preußischen Rückfahrkarten vollkommen überrascht worden zu sein. Es verlautet, die erste Nachricht darüber sei sogar den Regierungen nicht früher als am 26. Juni zugegangen. Alsbald folgten lebhafte Berathungen, deren Ergebniß ist, daß Bayern, zunächst für den Verkehr mit der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft, ebenfalls die 45 tägige Giltigkeit, und zwar mit Rücksicht auf den Ferienverkehr, sofort einzuführen beschloß. Weiterhin wurde von Bayern eine Konferenz der bayerischen, württembergischen und badischen Eisenbahn-Verwaltung angeregt, die Mittwoch bereits in München zusammentritt. Als sicher kann gelten, daß diese Konferenz die 45tägige Giltigkeit auch für die süddeutschen und die des inneren Verkehrs, also für alle Rückfahrkarten, beschließen wird. Da, soweit hier bekannt geworden, Sachsen das Gleiche beschlossen hat, und die Reichslande zweifellos nachfolgen werden, so wäre also mit einem Schlage hinsichtlich der Giltigkeitsdauer der Rückfahrkarten eine ganz Deutschland umfassende Einheitlichkeit erzielt. Nur wird Bayern mit Rücksicht auf Volkssitten die besondere Vergünstigung für das Oktoberfest und andere landwirthschaftliche Versammlungen nicht fallen lassen. Man glaubt, daß der durch die 45 tägige Giltigkeit verursachte finanzielle Ausfall nur gering sein werde."

Die Rechtschreibungs-Konferenz. Ueber die Beschlüsse dieser merkwürdigen Konferenz erfährt man nun, daß sie vorgeschrieben hat, der Ersatz des th durch t soll allgemein stattfinden, sodaß th in deutschen Wörtern fortan überhaupt nicht mehr geschrieben wird. Man hat also künftig zu schreiben: Tal, Taler, Ton (so daß sich die Unterscheidung zwischen Töpferton und Stimmton künftig aus Inhalt und Zusammenhang des Satzes ergeben muß), Tor, Tran, Träne, Atem, tun, tat und Tat, Untertan, Tür. In Fremdwörtern bleibt th da, wo es auf griechisches oder lateinisches th zurückgeht. Also: Thermometer, These, Thron (?!), Apotheke u. s. w. Von den weiteren Beschlüssen ist der wichtigste der, daß gibst, gibt und gib geschrieben werden soll, während die Schulorthographie in den angeführten Verbalformen noch ie hatte. Auch für diese Aenderung war die Thatsache maßgebend, daß, wenigstens nach der Ansicht der Konferenzmehrheit, der Selbstlaut in „gibt" u. s. w. von der überwiegenden Zahl der Deutschen (?) kurz ausgesprochen wird. Das manchen so unangenehme e in der Endung „ieren" bleibt. Der Name „Württemberg" behält das Doppel-t, auf welches die württembergische Regierung größeren Werth legt, als auf die württembergische Briefmarke. Auch die Schreibung einer Anzahl von Fremdwortern wurde geregelt. In der gelehrten, wissenschaftlichen und schöngeistigen Welt wird man sich kaum um diese sonderbaren Vorschriften bekümmern.

Zu den im Mordprozeß v. Krosigk durch die Presse aufgeworfenen drei Fragen wird der „Königsberger Hart. Ztg." von einem Mitarbeiter nach eingehender Information geschrieben: Neue Verdachtsgründe sind gegen Hickel nicht geltend gemacht. Durch den Inhalt der nunmehr vorliegenden Berufungsschrift wird nur das Urtheil angegriffen und bemängelt, daß die Vereidigung des Zeugen Skopek, dessen Aussage dem Gerichtsherrn vollständig glaubwürdig erscheint, unterblieben ist. Die Anschuldigung der Gesetzesverletzung wird von dem Vertheidiger vollständig aufrecht erhalten, und es liegen diesbezügliche Anträge bereits an zuständiger Stelle — Zivilkabinett des Kaisers — vor. Daß die von dem Vertheidiger an den Angeklagten Hickel gerichteten Briefe, bis auf einen, sämmtlich vor Abgabe an die Adresse geöffnet worden sind, ist als Thatsache erwiesen. Unerbrochen blieb nur ein Brief, welcher einen Vermerk des Vertheidigers enthielt, daß derselbe nach den Bestimmungen der Militärgerichtsordnung nicht geöffnet werden darf.

Kleine politische Nachrichten. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend den Fortbezug der Unfallrente durch die Gewährung des Anspruchs auf Hinterbliebenenrente bei Ausländern. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht ferner das vom 30. Juni 1901 datirte Gesetz zur Abänderung des Gesetzes betreffend die Gewerbegerichte vom 29. Juli 1890. Das Gesetz tritt am 1. Januar 1902 in Kraft. — Der Landtag in Koburg hat beschlossen, das Domänenabkommen zwischen Herzog und Land dahin abzuändern, daß die Ueberschüsse nicht mehr wie bisher, zu ⅔ und ⅓, sondern je zur Hälfte zwischen Herzog und Land getheilt werden sollen. — Die Gleiwitzer Polizei versagte dem katholischen Arbeiterverein und dem Verein „Harmonie" die Erlaubniß, einen Umzug mit Fahne und einen gemeinsamen Kirchgang zu veranstalten. Das Verbot erfolgte angeblich aus nationalen Gründen. Um Gründe ist die Polizei in Deutschland niemals verlegen. — Eine Auswandererertruppe von 28 Personen, die nicht im Besitze eines Passes waren, versuchte den russischen Grenzkordon bei Memel zu durchbrechen. Die Auswanderer wurden von den Grenztruppen bemerkt, die sofort Feuer gaben. Nur neun Personen brachten sich über die preußische Grenze in Sicherheit; ein Mann wurde getödtet und eine Frau schwer verwundet. Die übrigen Personen wurden verhaftet und werden nach ihrem Heimathorte zurückgebracht werden — An Bord des österreichischen Kriegschiffes „Kaiser Franz Josef" hat sich während einer Gefechtsübung bei Fasana ein schwerer Unglücksfall ereignet. Die Ladung eines Geschützes versagte. Beim Herausnehmen fiel das Geschoß, ein Shrapnel, auf das Deck nieder und explodierte. Ein Marinesoldat wurde in Stücke gerissen, und mehrere Matrosen sind schwer verwundet. — Wegen des jüngsten, von uns gemeldeten Zwischenfalls in der italienischen Kammer hatte der Kriegsminister dem Abgeordneten Genossen Ferri seine Zeugen gesandt. Ferri erklärte jedoch, daß seine Worte nur als Antwort auf die Ausfälle des Kriegsministers zu betrachten seien. Der Minister beauftragte seine Zeugen, den Vorfall als erledigt anzusehen. Alsdann wurde der Kriegsminister vom König in langer Audienz empfangen. — Die französische Kammer lehnte den vom Senat angenommenen Antrag ab, der besagt, daß als Nationalfeiertag der 15. Juli begangen werden soll, wenn der 14. Juli auf einen Sonntag fällt. — Dem „Petit Bleu" zufolge wurde Andries Dewet polizeilich aufgefordert, bei Strafe der Ausweisung seine burenfreundliche Propaganda in Belgien einzustellen. Dewet erklärte darauf der Polizeibehörde, er begebe sich nach Paris. Zweifellos hat Chamberlain auf die schwache belgische Regierung einen sanften Druck ausgeübt. — Das englische Oberhaus verwarf mit 88 gegen 46 Stimmen den Gesetzentwurf, wonach es den Frauen ermöglicht werden sollte, Mitglieder der Londoner Bezirksräthe zu werden. Der Gesetzentwurf war nicht von der Regierung ausgegangen. — Ueber neue serbisch-türkische Zwischenfälle liegt folgender Bericht aus Belgrad vor: Aus Sjenitza, im Sandschak Novibazar, werden abermals serbenfeindliche Ausschreitungen dortiger Albanesen und türkischer Soldaten gemeldet. Letztere hätten mehrere serbische Dörfer besetzt und die Bevölkerung unter dem Vorwande, daß sie Waffen bei sich versteckt halte, verfolgt. — Jüngst in Konstantinopel eingelaufenen Nachrichten zufolge nahm im Bilajet Musch die Spannung zwischen den Kurden und Armeniern eine drohende Ausdehnung an. In Musch verursachten die Kurden eine allgemeine Panik: bewaffnete Türken und Kurden durchzogen die Stadt, so daß die Armenier die Häuser nicht zu verlassen wagten und der Bazar leer blieb. Vierzehn Armenier wurden getödtet. Der Verkehr zwischen Musch und mehreren umliegenden Dörfern ist unterbrochen. Die Hauptangriffe der Kurden richteten sich gegen das Dorf Mogonnk. Die Kurden beschuldigten die Armenier, Aga Musch, durch den mehr als 150 Armenier eingekerkert worden waren, getödtet zu haben. Eine Anzahl Dörfer wurde von den Kurden geplündert. — Ein Weichkohlentrust ist, wie man der „Frkf.

Ztg." kabelt, in den Vereinigten Staaten in der Bildung begriffen. — Die Staatsschuld der Vereinigten Staaten hat im letzten Monat eine Abnahme um 17 737 374 Dollars erfahren. Der Baarbestand des Staatsschatzes beträgt 1 181 868 011 Dollars.

Oesterreich-Ungarn.

Sozialdemokratischer Wahlsieg. Bei der Landtagsersatzwahl im Wiener Stadtbezirk Favoriten, welche zum ersten Male auf Grund des stark erweiterten Wahlrechtes vollzogen, wurde Genosse Dr. Victor Adler gegen den Christlich-Sozialen Rissawey gewählt, wodurch die Christlich-Sozialen dieses Landtagsmandat verlieren. Adler erhielt nach endgültiger Feststellung 4298 und der Christlich-Soziale Rissawey 4125 Stimmen. Bravo, bravissimo!

Belgien.

Stürmische Szenen gab es am Dienstag in der Kammer anläßlich einer Interpellation des Sozialisten Vandervelde wegen Aeußerungen, die ein General der Bürgergarde in Tornay gethan haben soll; er soll den Mannschaften gesagt haben, daß sie im Falle eines Aufruhrs auf das Volk schießen müßten. Der Minister des Innern Trooz verlas hierauf eine Protesterklärung des betreffenden Generals, worin dieser in Abrede stellte, die ihm zugeschriebenen Aeußerungen gethan zu haben. Die Erklärung wurde in der Kammer mit größter Unruhe aufgenommen. Vandervelde wurde, weil er den Staatsminister Lantscheere Lügner nannte, zur Ordnung gerufen. Lantscheere bemerkte, im Falle eines Aufruhrs werde die Rechte ihre Pflicht thun. Der ehemalige Minister Woeste, welcher sagte, alle „guten Bürger" müßten sich bereit halten, einem Aufruhr entgegenzutreten, beantragte eine Tagesordnung, wonach die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt. Diese Tagesordnung wurde angenommen; dafür stimmte die Rechte, dagegen die Sozialisten, während die gemäßigten Liberalen sich der Abstimmung enthielten.

Kongo.

Der Tropenkoller hat wieder einmal neue Werte christlicher Kultur und Moral gezeitigt, über welche die kulturfremden Neger einigermaßen verwundert sein mögen. Die letzte Post aus dem Kongo brachte eine Meldung über eine grauenhafte That, begangen von belgischen Offizieren, nach Antwerpen. Die betreffenden Offiziere sollen total betrunken den Häuptling des Dorfes, in dem sie sich befanden, herbeigeholt und ihm befohlen haben, die Frauen zum Tanze herbeizuholen. Der Häuptling soll geantwortet haben, dieses ginge nicht, weil ein Todter im Dorfe sei. Darauf hätten die Offiziere den Häuptling sowohl als sämmtliche Frauen niederschießen lassen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze. Das unentwegte Jingoblatt „Daily Mail" will von zuverlässiger Seite erfahren haben, falls die Operationen in Südafrika nicht innerhalb zweier Monate eine entscheidende Wendung nehmen, könne der Krieg noch ein weiteres Jahr dauern. Lord Kitchener arbeite allerdings unentwegt fort, und seine Ansicht, daß weitere Verstärkungen nicht nöthig seien, werde von allen Sachkennern getheilt. (??) Lord Milner werde Ende August oder Anfang September nach Afrika zurückkehren. Es heißt, daß über die Lage im Kaplande recht ungünstige Nachrichten vorliegen, mit deren Veröffentlichung man zurückhalte. Die neuesten Bulletins vom Kriegsschauplatze verschweigen allerdings viel und besagen herzlich wenig. Daß besonders die Lage in der Kapkolonie für die Engländer sehr beunruhigend ist, geht aus den Mittheilungen hervor, die Chamberlain Montag im englischen Unterhause machte. Auf eine Anfrage bezüglich der Lage in der Kapkolonie, wo das Parlament bis zum 27. August vertagt worden ist, ohne die für die Erledigung der Staatsgeschäfte erforderlichen Gelder über den 30. Juni hinaus bewilligt zu haben, erklärte Kolonial-Minister Chamberlain, da das Kapparlament vertagt sei, beabsichtige die Regierung, dem Gouverneur zu empfehlen, daß er Gutscheine für die Bedürfnisse des öffentlichen Dienstes ausgebe. Die Minister der Kapkolonie seien damit einverstanden; das Kapparlament könne aber unter den gegenwärtigen Umständen nicht zusammentreten, hoffentlich werde dies Anfang Oktober geschehen. (?) Wenn das Verfahren des Gouverneurs ungesetzlich sei, so vertraue er darauf, vom Kapparlament Indemnität zu erlangen. Er, Chamberlain, sei der Ansicht, daß das Verfahren des Gouverneurs durch die Staatsbedürfnisse gerechtfertigt sei. — Der langen Rede kurzer Sinn ist der, daß in der englischen Kronkolonie die englische Diktatur erklärt worden ist. Eine Einberufung des Kapparlamentes ist unmöglich, weil die Buren Herren sind in Englisch-Südafrika; darum der Verfassungsbruch! Solche „Lügen" aber dürfen nicht depeschirt oder wenigstens den Adressaten, wie „Daily Mail", nicht ausgehändigt werden.

In London ist wieder eins der üblichen Sammeltelegramme Kitcheners eingetroffen, der von Zeit zu Zeit dem Kriegsamt mittheilt, wie viel Buren bei den letzten Scharmützeln draufgegangen sind. Ueber die englischen Verluste wird natürlich nichts mitgetheilt. Der neuesten Depesche Kitcheners zufolge sind seit dem 24. Juni nach den Meldungen der britischen Abtheilungen angeblich 74 Buren gefallen, 60 wurden verwundet, 160 gefangen genommen und 136 haben sich ergeben. Ferner wurden 131 Gewehre, 15 800 Patronen und 304 Wagen erbeutet.

Der englische Oberst Dalgety ist in das Eingeborenenreservat Maclean im Transkei-Distrikt einmarschirt. Die Buren verließen den Distrikt und ziehen jetzt in der Nachbarschaft umher. Kommandant Fouché, der genöthigt wurde, sich zurückzuziehen, muß (?) einen der Wege einschlagen, die von den Engländern besetzt gehalten werden. — Früher, als die Engländer noch siegeszuversichtlicher waren, hätten sie den angeblichen Rückzug Fouchés sicherlich nicht in dieser ziemlich vorsichtigen Form mitgetheilt. Sie scheinen jedoch selbst alle Hoffnung aufgegeben zu haben, daß ihnen Fouché, trotzdem ihm angeblich alle Wege verlegt sind, ins Garn läuft.

Vereinigte Staaten.

Amerikanische Sitten. Im Staate Kansas herrscht großer Mangel an Arbeitern. Zwanzig Farmer bewaffneten sich mit Pistolen und großen Knüppeln und gingen nach der Station Petersen, wo sie einen Auswandererzug der Atchison-Topeka-Eisenbahn aufhielten, zwei Wagen abkoppelten und die Arbeiter, die nach dem Westen gehen wollten, wo sie in der Erntezeit einen Tagelohn von 2½ Dollars verdienen, zum Verbleiben zwangen. — Wie werden es unsere Kapitalsprotzen bedauern, nicht in Amerika zu wohnen, wo man mit den Arbeitern in solcher Weise umspringen kann, ohne daß ein Hahn danach kräht!

Großer Streik. Aus Pittsburg meldet das Reuter-Bureau: In Folge Weigerung der Leitung der amerikanischen Stahlblech-Gesellschaft und der amerikanischen Stahlreifen-Gesellschaft, die beide in enger Verbindung mit der United States Steel Korporation stehen, die von ihren Arbeitern gestellten Forderungen zu bewilligen, wurde von der Zentralstelle der Arbeiterunion der Ausstand erklärt. Die Gesammtzahl der bei dem Ausstand an den verschiedenen Orten in Betracht kommenden Arbeiter beträgt 35 000, doch wird die thatsächliche Ausdehnung des Streiks erst nach mehreren Tagen zu übersehen sein.

Ein englisch-amerikanischer Zwischenfall. Der englisch-amerikanische Grenzkonflikt in Alaska veranlaßte, wie dem „B. T." aus Newyork gemeldet wird, einen Zwischenfall in Skagway. Ein Amerikaner entfernte die britische Flagge des dortigen Zollamtes. Die Kanadier beanspruchen Skagway als ihr Territorium. Sämmtliche kanadischen Karten der panamerikanischen Ausstellung bezeichnen Skagway als britischen Hafen; seit vier Jahren ist über die Frage noch keine Einigung erzielt.

China.

Vom Chinawirrwarr. Die Räumung Pekings schreitet rüstig fort. Wie aus Peking gemeldet wird, haben die Chinesen vorgestern einen Theil der von den Engländern bisher bewachten Gebiete besetzt. Die Engländer haben nur noch den Oberbefehl über diesen Bezirk und haben in den besetzten Hauptstraßen Wachtposten ausgestellt. — „Reuters Bureau" weiß von einem Gefechte zu berichten, das angeblich bei Schenyang an der Grenze von Tschili und der Mandschurei zwischen Mohammedanern und Eingeborenen stattgefunden habe. Die ersteren seien geschlagen, ein mohammedanischer Priester getödtet worden.

Zwischen Korea und Japan scheinen Differenzen ausgebrochen zu sein, die unter Umständen schwerwiegende Folgen haben können. Berichten des „Reuterschen Bureau" aus Söul, der Hauptstadt Koreas, zufolge verlangte Korea plötzlich von Japan, daß es seine Postämter in Korea schließe und seine Beamten zurückberufe.

Lübeck und Nachbargebiete.

Mittwoch, den 3. Juli.

Der Streik der Kohlenarbeiter dauert unverändert fort. Sorge Jeder für Fernhaltung des Zuzuges!

Die Aufsichtskommission des Arbeiter-Sekretariats theilt uns mit, daß der Kassirer Mittwoch und Donnerstag Abend von 8½ Uhr ab im Vereinshaus, Zimmer Nr. 7, zur Entgegennahme der Beiträge anwesend sein wird.

Achtung, Schuhmacher! Ueber die Werkstelle des Herrn Behnke, Mühlenbrücke 1, ist die Sperre verhängt worden. Zuzug ist fernzuhalten.

Zum Streik der Kohlenarbeiter. Wie die „freien Bürger" behandelt werden, dafür liefert nachfolgendes Vorkommniß, das sich am Montag am hiesigen Hafen ereignete, einen schönen Beweis. Beim Beladen des schwedischen Postdampfers hatte sich anscheinend ein ausländischer „Bürger" das eine Bein verletzt. In Ermangelung anderweitiger Hülfe hielt er dasselbe ca. eine halbe Stunde lang in die Trave. Da jedoch die heilende Wirkung des Wassers in diesem Falle ausgeblieben zu sein scheint, wurde unser „Bürger" mittelst Droschke nach dem Bienenkorb, der Herberge, befördert. Das ist der Lohn für diese treuen Kapitalsretter. — Am Dienstag lief, wie verlautet, für die Firma Bernhöft u. Wilde ein Kohlendampfer ein; hoffentlich trägt dieser Umstand zur baldigen Beilegung des Streiks infolge Nachgebens der Kohlenfirmen bei, da letztere thatsächlich nicht in der Lage sind, mit den immer weniger werdenden Streikbrechern die Arbeit bewältigen zu können.

Die Leiche des verunglückten Arbeiters Brockmann ist bisher leider noch immer nicht gefunden worden, trotzdem der große Schwimmkrahn der Koch'schen Schiffswerft seit Dienstag Morgen mit der Wiederaufrichtung der beiden Schuten beschäftigt war. Dienstag Nachmittag waren die Arbeiten bereits so weit fortgeschritten, daß die eine Schute aufgerichtet werden konnte.

Die 45tägigen Rückfahrten sind nunmehr auch, wie das Amtsblatt mittheilt, im Verkehr zwischen den Stationen der Lübeck-Büchener und Eutin-Lübecker Eisenbahn einerseits und den preußischen Staatsbahnen andererseits ab Donnerstag eingeführt worden. Im Binnenverkehr der Lübeck-Büchener und Eutin-Lübecker Bahn bleibt dagegen die bisherige Gültigkeitsdauer unverändert. Während, wie aus dem politischen Theil unserer heutigen Nummer hervorgeht, Bayern, Sachsen und Baden sich dieser Neuerung angeschlossen haben, scheint die Direktion der Lübeck-Büchener Bahn auch hier der alten Krähwinkler-Ansicht zu huldigen: „Nur immer langsam voran!"

Ist Trunkenheit ein Grund für die Nichtbeeidigung? Wegen Raubes ist am 25. April von dem Schwurgerichte Hamburg der Schlosser Carl Gödeke verurtheilt worden. Auf seine Revision hob das Reichsgericht das Urtheil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht zurück. Der Zeuge Dehnhardt ist vom Schwurgericht nicht beeidigt worden, „weil er wegen Trunkenheit von dem Wesen des Eides keine rechte Vorstellung hatte." Das Reichsgericht erachtete diese Begründung als rechtsirrig, da nach dem Sprachgebrauche der Reichsgesetzgebung unter mangelnder Verstandesreife oder -Schwäche ein chronischer Zustand zu verstehen sei. Die Beeidigung des betrunkenen Zeugen sei nicht zu umgehen gewesen, aber es hätte den Geschworenen nahe gelegt werden müssen, die Aussage des Zeugen als eine uneidliche zu würdigen.

Stellvertretender Staatsanwalt. Der Senat hat im Einvernehmen mit dem Justiz-Departement des Oldenburgischen Staatsministertums während der Beurlaubung des ersten Staatsanwalt Dr. Böse den preußischen Gerichtsassessor Heinrich Beyer für die Monate Juli und August d. Js. als Stellvertreter des Staatsanwalts Dr. Lienau ernannt.

Auf Speisewirthschaften findet, wie das Kammergericht in einem Spezialfalle in Berlin entschieden hat, der obligatorische 9 Uhr-Ladenschluß keine Anwendung. — Ob die außerpreußischen Gerichte sich diesem Erkenntniß anschließen werden, muß dahingestellt bleiben.

Gewerbegericht. Sitzung vom 2. Juli. Auf die Dummheit seiner Arbeiter spekulirte der Betriebsleiter Schönfeld von der Dampfziegelei auf Marly. Angeblich im Auftrage der Geschäftsleitung in Hannover entließ er am 29. Juni mehrere Arbeiter ohne vorhergehende Kündigung, trotzdem bei Annahme derselben eine 14tägige Kündigungsfrist vereinbart worden war. Die vier Arbeiter R., S., W. und O. hatten deshalb gegen Schönfeld beim Gewerbegeriche eine Klage auf Wiedereinstellung oder entsprechende Entschädigung angestrengt. In der Verhandlung wies der Beklagte darauf hin, daß die Leute ihm gegenüber bei ihrer Entlassung keine Ansprüche auf Entschädigung erhoben hätten; wäre dieses geschehen, dann hätte er sich auch nicht geweigert, zu zahlen. So aber sei er in seiner Annahme, daß die Kläger mit ihrer plötzlichen Entlassung einverstanden gewesen seien, durch das Schweigen derselben bestärkt worden. Die Kläger erklärten auf Befragen, daß sie durch die plötzliche Entlassung überrumpelt worden seien und deshalb den Entlassungsschein angenommen hätten. Auf Vorschlag des Gewerberichters einigten sich die Parteien dahin, daß Beklagter den Klägern je 9 Mk. Entschädigung zahlt. — Grobe Beleidigung berechtigt zur sofortigen Entlassung. Der Gärtner R. war von dem Kunstgärtner Köhn am 30. Juni ohne Innehaltung der Kündigungsfrist entlassen worden. Beklagter stützte sich in der Verhandlung darauf, daß Kläger ihn auf dem hiesigen Friedhofe durch die Worte: „Sie Lump, Sie haben keinen Pfennig Geld im Hause" schwer beleidigt habe, und deshalb sei seine Entlassung erfolgt. Der Kläger konnte anfangs nicht bestimmt behaupten, daß er diese Aeußerung nicht gethan habe, später bestritt er dieselbe jedoch. Nach Vernehmung der Frau und Schwägerin des Beklagten, die beide diese Worte gehört haben wollen, wurde der Kläger mit seiner Klage abgewiesen, da nach § 123, Abs. 5 der Gew.-Ordn. eine sofortige Entlassung im Falle einer groben Beleidigung des Arbeitgebers zulässig sei.

Alkoholgegnerbund. Der hiesige Ortsverein des Alkoholgegnerbundes hatte am Dienstag Abend in der „Bauhütte" einen Vortrag veranstaltet, und war damit zum ersten Male an die Oeffentlichkeit getreten. Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Ernst Suse, ertheilte nach einer kurzen Einleitung dem Referenten, Herrn Arbeitersekretär Rudolf Wissell-Lübeck, das Wort. An der Hand werthvollen Materials legte der Redner in ca. 1½stündigem Vortrage den Versammelten die Schädlichkeit des Alkoholgenusses in anschaulicher Weise dar. Lebhafter Beifall am Schlusse zeigte die Zustimmung der Versammelten. In der Diskussion wurde von Niemand das Wort begehrt.

Einwickelpapier. Obgleich es schon vor Jahren vom Reichsgesundheitsamt ausgesprochen wurde, daß es unzulässig sei, gebrauchte oder alte Papiere zum Einwickeln von Lebensmitteln zu verwenden, so geschieht dies heute noch massenhaft. Meist wird altes Zeitungspapier zu diesen Zwecken verwendet, weil es überall das billigste ist. Daß dies ungestraft geschehen kann, kommt nur daher, daß unser kaufendes Publikum sich dies von den Verkäufern von Eßwaaren, Fleisch, Obst und dergleichen ruhig gefallen läßt, und wo kein Kläger ist bekanntlich auch kein Richter! Wenn man sieht, wie z. B. Bäcker, Obst-, Speisewaaren-, Butter- und Gemüsehändler altes Zeitungspapier verwenden, das von Schmutz starrt, so vergeht den meisten Käufern oft schon beim Einkaufen der Appetit. Zeitungspapier, also gelesene und abgelegte Zeitungen, sind meist vom Schweiße der Hände, durch Petroleum-, Bier- und Kaffeeflecke, vom Herumwerfen auf dem Boden u. s. w. so stark beschmutzt, daß solches Papier das denkbar unappetitlichste Einhüllungsmittel ist. Aus Sparsamkeit werden vielfach zu klein geschnittene weiße Papiere verwendet und Zeitungspapier einfach darüber gewickelt. Auch kommt einseitig gedrucktes Papier vielfach in Anwendung. Beides ist ebenso verwerflich. Die Polizei ist oft zu lässig und besitzt auch nicht genügendes Verständniß zur Ueberwachung und Beseitigung derartiger Mißstände. Hier muß das kaufende Publikum selbst Kontrolle üben und nicht zugeben, daß die gekauften Waaren in gebrauchtes, beschmutztes und übelriechendes Papier eingewickelt werden. So gut wie z. B. die Güte und Unverfälschtheit von Milch und Butter oder die Reife von Feldfrüchten geprüft wird, ebenso gut kann und soll die Polizei auch die Sauberkeit und Reinlichkeit des Einwickelpapiers beaufsichtigen. Das Reichsgesundheitsamt wird in etwaigen Streitfällen der in dieser Richtung energisch eingreifenden Polizei stets Recht geben, diese muß aber vor Allem durch das Publikum unterstützt werden. Die Verkäufer sollten jedoch in Betracht ziehen, daß durch sauberes Einmachen die Eßwaaren 2c. appetitlicher erscheinen und die Kundschaft gerne wiederkommt.

pb **Selbstmordchronik.** Montag Abend gegen 11¼ Uhr versuchte vor dem Burgthor ein Kaufmann, sich zu erschießen, er erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er am Dienstag Vormittag im Allgemeinen Krankenhause verstarb. — Ein hiesiger Tapezierer machte am Sonntag Nachmittag in einem Hause der Johannisstraße seinem Leben durch Erhängen ein Ende.

pb **Ein Schadenfeuer** entstand in der Nacht zum Dienstag in dem Kesselraum der Firma Sager u. Klüssmann, welches jedoch durch die herbeigerufene Feuerwehr alsbald gelöscht wurde.

* **Kleine amtliche Nachrichten.** Das Erlöschen der Prokura des Hans Kiene ist am 2. Juli bei der Firma „Carl Herm. Mich. Stave" in das Handelsregister eingetragen worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. Im Schweriner Baugewerbe droht ein neuer Konflikt, da das Scharfmacherthum sämmtliche Streikführer maßregelt. — In Waren streiken seit dem 1. Juli die Maurer; dieselben fordern neben einer 10stündigen Arbeitszeit einen Stundenlohn von 35 Pf. — Die Polizeiverwaltung in Glückstadt versagte der dortigen Filiale des Maurerverbandes die Tanzbelustigungen anläßlich ihres 10jährigen Stiftungsfestes. Mit dieser Politik der Nadelstiche wird man das gerade Gegentheil von dem erreichen, was man bezwecken wollte.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Auf dem Schießstand in den Barnstorfer Anlagen in Rostock ereignete sich Montag Nachmittag ein beklagenswerther Vorfall. Beim Herausziehen eines Schusses aus einer Scheibenbüchse entlud sich letztere und der Schuß traf den Schützen so un-

glücklich, daß derselbe auf der Stelle seinen Geist aufgab. Wie die „Mecklbg. Ztg." erfährt, ist der Verunglückte der Gastwirth Fahning aus Rostock. — Beim Spielen ertrank in Lübz ein 4jähriges Mädchen. — Der Ueberfall an dem Dienstmädchen in Itzehoe, über welchen wir kürzlich berichteten, ist fingirt. Das Mädchen hat sich die ganze Geschichte thatsächlich ausgedacht. — Auf einer Koppel in Passau (Holstein) wurde ein 72jähriger Steinsetzer von einem Stier angefallen und arg zugerichtet. — Infolge Zusammenbruchs eines Gerüsts stürzten in Neumünster 4 Arbeiter in die Tiefe; 2 erlitten schwere Verletzungen an Armen und Beinen, während die beiden anderen mit leichteren Verletzungen davonkamen. Die Ursache des Zusammenbruchs ist unbekannt. — Durch Scheuwerden des Pferdes stürzte Sonntag in Lauenburg a. E. bei Benutzung der Fähre ein ganzes Gefährt in die Elbe. Der Fuhrmann, ein Händler, erlitt hierbei schwere Verletzungen. — In Hamburg kollidirte ein hochbeladener Mobilienwagen mit einem Straßenbahnwagen. Durch den Anprall wurden zwei Kinder, die auf dem Möbelwagen saßen, herabgeschleudert und trugen schwere Verletzungen davon. — Beim Kentern eines mit 3 Personen besetzten Bootes ertrank in Bremen ein Familienvater.

Altona. Der Humor stirbt nicht aus, selbst nicht im Gerichtsgebäude, wo sonst mehr als anderswo der Ernst des Lebens zum Ausdruck zu kommen pflegt. Folgende Bekanntmachung, die durch Aushang veröffentlicht wird, giebt Kunde davon:

„Bekanntmachung.

Der Erste Staatsanwalt.
1. Gen. E. 1.
2254 Altona, 25. Mai 1901.

Am 22. Mai ist im Zimmer der Gerichtsdiener der Staatsanwaltschaft ein Postwerthzeichen der Reichspost zum Werthe von 10 Pfg. gefunden. Der Empfangsberechtigte wird aufgefordert, seine Rechte an diesem Werthzeichen binnen einer Frist von 6 Wochen bei der Staatsanwaltschaft anzumelden. Muhle."

Daß dem „Empfangsberechtigten" die Bekanntmachung nicht entgehen kann, dafür dürften, wenn sich der „Symplizissimus" oder andere Witzblätter nicht der Sache annehmen sollten, die Tagesblätter in ihrer „Heiteren Ecke" sorgen.

Altona. Zum Morde auf der Deister Feldmark ist mitzutheilen, daß in der Untersuchung ein Stillstand eingetreten ist, trotz aller Recherchen, die von der Staatsanwaltschaft und der Polizei angestellt ist. Die Summe für die Ergreifung des Thäters ist von 500 auf 1000 Mark erhöht worden. Der Erste Staatsanwalt in Altona sucht in dieser Sache noch 55 Zeugen, deren Aufenthalt bisher noch nicht ermittelt werden konnte.

Pinneberg. Neues von der „Lümmel"-Affaire. Wir berichteten dieser Tage von einem merkwürdigen Vorkommniß, dadurch ausgezeichnet, daß ein preußischer Landrath von einem Gastwirth als „Lümmel" sprach und daß ein Polizeibeamter, der die Thatsache dieser Beleidigung dem Beleidigten auf dessen Anfrage bestätigte, wegen — Verletzung des Amtsgeheimnisses bestraft wurde. Die Klage des Gastwirths, der es als anständiger Mann mit vollem Rechte nicht räthlich fand, zu den vielen Lasten, die ein Gastwirth zu tragen hat, auch noch die landräthliche Etikettirung als „Lümmel" auf sich zu nehmen, hat jetzt ein Ende genommen in einem Vergleich, den der Beamte und der Bürger mit einander geschlossen haben. Der Landrath hat mit dem Ausdruck des Bedauerns den „Lümmel" zurückgenommen und die bereits entstandenen Kosten gedeckt. Da die Zurücknahme der Beleidigung nicht ebenso als Amtsgeheimniß behandelt zu werden scheint, wie die Begehung der Beleidigung, so sind wir in der Lage, von dem Friedensschluß hierdurch Kenntniß zu geben.

Rostock. Liebesgabenspender. In der letzten Sitzung der Bürgervertretung wurde der Schlachter-Innung zu den Kosten ihres Verbandstages eine Beihülfe von 500 Mk. bewilligt. In den letzten Tagen hat die „Bürgervertretung insgesammt an Liebesgaben nicht weniger als 11 000 Mk. bewilligt, und zwar zum überwiegendem Theile aus den Taschen derjenigen Steuzahler, von welchen der Gewerbeaufsichtsbeamte in seinem Jahresbericht die traurige Thatsache konstatiren mußte, daß sie sich in geradezu erbärmlichen Lohn- u. Arbeitsverhältnissen befinden; in Lohnverhältnissen, die es dem Manne unmöglich machen, durch seiner Hände Arbeit seine Familie ernähren zu können, die vielmehr die Mitarbeit der Frau erheischen. Uebrigens kann die Rostocker „Bürgervertretung" der Lübecker Bürgerschaft, dieser Sondervertretung der besitzenden Klasse, die Hand reichen, denn auch diese Körperschaft hat sich anläßlich der Kolonialversammlung als Liebesgabenspenderin für diverse lukulische Genüsse erwiesen, ohne Rücksicht zu nehmen auf die Masse der „erleichterten" Steuerzahler. Den Herren von „Geldsacks Gnaden" ist die Meinung der Steuerzahler bekanntlich „Wurscht".

Briefkasten.

Preßkommission. Freitag Abend.
Maifeierkomitee. Donnerstag Abend 8½ Uhr.
H. W. Wir bitten um Ihren Besuch; vielleicht Abends zwischen 6—7 Uhr.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 2 Juli.

Der Schweinehandel verlief gut.

Zugeführt wurden 1580 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 57—58 Mk leichte 59—60 Mk., Sauen 45—54 Mk. und Ferkel 57—59 Mk pr 100 Pfd.

Der Kälberhandel verlief nur flau.

Zugeführt wurden 1400 Stück. Preise: Beste 80—95 Mk. geringere 60—80 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaction dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Die Geburt eines **Knaben** zeigen an
R. Havemeister und Frau,
geb. Hilmer.

Logis nach vorne für 2 Mann, Woche 2 Mark Dankwartsgrube 2.

Ein leerstehendes Zimmer
sofort zu vermiethen Gerade Querstraße 2.

Billig zu verkaufen **ein Sopha und vier Stühle, grün Rips, fast neu.** Näh. Brüderstraße 12.

Zu verkaufen **ein Haus** außerhalb der Stadt, enthaltend 2 Wohnungen, à 3 Zimmer, Küche, Keller, Stallung und großem Garten.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Fahrrad, gut im Stande, für 20 Mark zu verkaufen Fischstr. 27, p. l.

Fahrrad, neu, sehr billig Fischstraße 27, p. l.

Ein Portemonnaie mit Inh. gefunden am 21. Juni Kl. Gröpelgrube 3.

Entlaufen eine schwarze Katze, linker Vorderfuß schwarz, drei weiße Füße, hörend auf den Namen Miene Abzugeben gegen Belohnung Engelsgrube 17.

W. Niemann, Leichdornoperateur, Langereihe 17.

Frau Rupp, Hebamme
wohnt jetzt
Wengstraße 19.

C. Beuch, Schneidermeister,
wohnt jetzt
Hundestraße 80, parterre.

J. Holzner, Töpfer
wohnt jetzt Hüxstraße 119.

Möbelkäufern
empfehle ich
mein großes Lager dauerhaft gearbeiteter
Möbel jeder Art.
Folckers' Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.

Frisch geräucherte
Makrelen
frisch gekochte
Nord- und Ostsee-Krabben
empfiehlt
J. F. Jäger, Fischstr. 31.

Im Verlage der **Franckh'schen Verlagshandlung, Stuttgart,** erscheint:

Pehse's Illustrirte Geschichte des preußischen Hofes
des Adels und der Diplomatie vom großen Kurfürsten bis zum Tode Kaiser Wilhelms I., fortgesetzt von Pehse redivivus.
Einzige umfangreiche, bis zur neuesten Zeit fortgeführte und **unabhängig geschriebene** Geschichte des preußischen Hofes.

Prinzessin Elisa Radziwill, Jugendgeliebte Kaiser Wilhelms I.

In 30 Heften zu 50 Pfg. oder geheftet in 6 Abtheilungen à Mk. 2,50, oder nach Erscheinen in 2 feinen Geschenkbänden geb. Mk. 18,50 (auf Wunsch gegen Monatsraten zu Mk. 2.— bis Mk. 3 —)

Wichtig für jeden Arbeiter
ist das soeben im Verlag von **R. Lipinski** erschienene:
Merkbüchlein über das Recht im gewerbl. Arbeitsvertrag.
Bearbeitet nach dem Bürgerl. Gesetzbuch und der Reichsgewerbeordnung.
Preis 10 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

P. P.

Einem geehrten Publikum Lübecks, speciell den Bewohnern der Vorstadt St. Lorenz und des angrenzenden Landbezirks, die ergebene Mittheilung, daß ich mit dem heutigen Tage das unter der Firma
St. Lorenz-Bäckerei
bestandene Gewerbe käuflich erworben, dasselbe allen Anforderungen der Neuzeit entsprechend ausgestattet und neu eröffnet habe.

Ich werde bemüht sein, stets gute und schmackhafte Waare zu liefern und bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll
Friedrich Rauch
St. Lorenz-Dampf-Bäckerei
Schwartauer Allee 16a.

Vereinshaus.

Die geehrten Gewerkschaften u. Vereine werden freundlichst ersucht, ihre Winterfestlichkeiten von 1901 auf 1902 baldigst beim Unterzeichneten anmelden zu wollen.
A. Stolle.

N. Der deutsche Parteitag findet vom 22. bis 28. September, der Mecklenburgische am 8. und 9. September d. J. statt. In diesen Tagen können andere Festlichkeiten und Versammlungen im Vereinshaus nicht abgehalten werden.

Klauenöl
präparirt für Nähmaschinen und Fahrräder von
H. Möbius & Sohn
Knochenölfabrik,
Hannover.
Zu haben in allen besseren Handlungen.

Zimmerer

Regelmäßige Verbands-Versammlung
am Donnerstag den 4. Juli
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.
Tagesordnung u. a.:
Wissenschaftlicher Vortrag, gehalten vom Arbeitersecretär Rud. Wissell.
Der Vorstand.

Gesellschaftshaus Adlershorst.
Donnerstag den 4. Juli:
CONCERT
mit nachfolgendem Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 60 Pfg.

Guttempler-Orden
(I. O. G. T.)
Grosslogen-Fest
6., 7., 8. Juli 1901
in sämmtlichen Räumen des Colosseums.

Sonnabend den 6. Juli 1901:
Eröffnungs-Abend.
Vorträge:
Herr Prof. Dr. Aschaffenburg, Halle a. d. Saale, über:
Alkohol u. Verbrechen,
Herr Franziskus Hähnel, Bremen, über:
Alkohol und Jugenderziehung.
Ansprachen, Begrüssungen, Gesangsvorträge sowie
CONCERT
ausgeführt von der Kapelle des III. Hans. Inf.-Reg. Nr. 162 unter Leitung ihres Dirigenten, Herrn **Florenz Clausnitzer.**
Saalöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Eintrittspreis 40 Pfg.

Sonntag den 7. Juli:
Grosslogen-Sitzung
nur für Ordensmitglieder.

Montag den 8. Juli:
Morgens 7 Uhr 20 Minuten
Ausflug
per Extrazug nach **Travemünde.**
Dort Festzug nach dem Strandpavillon, woselbst **Concert.**
Rückfahrt 12 Uhr 30 Min. Mittags.
Fahrpreis 1 Mark.
Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten:
Gemeinsamer Spaziergang mit Musik über die Wälle nach dem Colosseum.
Sammelpunkt vor dem Bahnhof.
2 Uhr 30 Minuten:
Festessen im Colosseum.
Gedeck Mk. 1,50.
Abends 7 Uhr:
Fest-Ball
verbunden mit Aufführungen, Liedervorträgen u. s. w.
Eintrittspreise: Herren Mk. 1,00, Damen „ 0,75

Zu sämmtlichen Veranstaltungen, außer der Großlogensitzung am Sonntag, sind Gäste hochwillkommen.

Karten sind bei nachstehenden Firmen zu haben:
Hugo Becker, Breitestraße 57,
H. Drefalt, Sandstraße 27,
F. W. Kaibel, Breitestraße 35,
Café Maus, Holstenstraße 17.

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete": Johannes Stelling. — Verleger: Theod. Schwartz.
Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 153. Donnerstag, den 4. Juli 1901. 8. Jahrgang.

Bankmäßige Kreditgewährung an Landwirthe.

Die nicht günstige Lage der deutschen Landwirthschaft hat es bisher sehr erschwert, daß das unternehmende Kapital in reichlicher Fülle dem landwirthschaftlichen Betriebe zugeflossen ist. Während auf dem Industriemarkt, selbst in Zeiten mit theuerem Geldstand, immer ein genügendes Angebot von Kapitalien besteht, leidet die Landwirthschaft mehr oder weniger unter einer fortwährenden Kredit und Geldnoth. Der Grund für die Erscheinung liegt nahe. In der Industrie verzinst sich das Geld eben bedeutend höher als in der Landwirthschaft. Ganz besonders fehlt es der Landwirthschaft am Betriebskapital, das in der Industrie in reichlichem Maße stets vorhanden ist. Unsere großen Geldinstitute suchen alle Gebiete ab, um neue gewerbliche Etablissements gründen und mit Betriebskapital ausstatten zu können, während sie sich ängstlich von einer Berührung mit der Landwirthschaft zurückhalten. Es müßte nun eigentlich von der Landwirthschaft ganz besonders begrüßt werden, wenn das so zurückhaltende Großkapital in der bisherigen Taktik eine Aenderung eintreten lassen wollte. Die Bank für Handel und Industrie, unter dem Börsennamen Darmstädter Bank bekannt, hat vor einiger Zeit in Güstrow, der bekannten mecklenburgischen Stadt mit bedeutendem Getreidehandel, einen Speicher angekauft, um in demselben Korn zu lagern und selbstständig Korn für ihn anzukaufen. Gleichzeitig stellt die Bank ihre Speicherräume den Landwirthen zur Verfügung, um ihr Korn dort zu lagern und es zu passender Zeit verkaufen zu können. Auch verlautet, die Bank wollte die Lombardirung (Beleihung) des bei ihr lagernden Getreides übernehmen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Bank diesem ersten Vorgehen weitere Schritte zur Ausdehnung dieser Einrichtung folgen lassen wollte, denn dadurch würde es den Landwirthen ermöglicht, einmal den Verkauf ihres Getreides in der für sie nach der Marktlage günstigsten Zeit besorgen zu können; sodann aber würden sie in der Zeit der Ernte, wo sich für sie ein ziemlicher Geldbedarf zusammendrängt, rasch flüssige Mittel erhalten. In den Vereinigten Staaten ist diese Art der Kredit- und Kapitalgewährung an Landwirthe ganz allgemein üblich. Und daß sie auch für deutsche Verhältnisse anwendbar und nützlich sein dürfte, das entnehmen wir einer empfehlenden Darstellung dieser Einrichtung, die ein Graf zu Limburg-Stirum in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" veröffentlicht. Der amerikanische Landwirth lagert sofort nach der Ernte sein Getreide in dem nächsten Getreidespeicher, er erhält dafür einen Empfangsschein über die Qualität und Menge seines lagernden Getreides. Dieser Empfangsschein wird ihm vom Bankier jederzeit diskontirt, d. h. derselbe zahlt ihm den Werth aus, den die eingelagerten Mengen Getreide am Verkaufsort und Verkaufstag besitzen. Der Bankier giebt den Schein weiter an Bankiers in den Handelszentren, welche die Scheine weiter an die Großhändler verkaufen, die damit an den Getreidebörsen spekuliren. Die Abzüge, die dem Landwirth für Fracht nach dem nächsten großen Getreidemarkt, für Versicherung und Provision gemacht werden, werden reichlich durch die Bequemlichkeit der Geldbeschaffung und durch das Ersparen der eigenen Versicherung des Getreides aufgehoben. Die Bankiers diskontiren aber nicht nur diese Scheine, sie lombardiren sie auch, gerade so wie es die Darmstädter Bank will, d. h. sie zahlen bis zwei Drittel ihres Werthes gegen Hinterlegung aus. Dadurch ist dem Landwirth, welcher steigende Getreidepreise erhofft, die Möglichkeit gegeben, sich, auch ohne sein Getreide zu verkaufen, das Geld, das er nach der Ernte für Arbeitslöhne, Samen, Getreide und Hypothekenzinsen braucht, zu verschaffen. Diese Geld- und Kreditbeschaffung ist für die amerikanische Landwirthschaft überaus nützlich gewesen, und ihre Einführung empfiehlt sich wohl für Deutschland. In dem Vorgehen der Darmstädter Bank erblicken wir nun einen ersten Versuch, diese Einrichtung nach Deutschland zu verpflanzen.

Um so auffälliger ist es daher, daß die agrarische Presse alsbald Front gegen die Verbindung des Großkapitals mit der Landwirthschaft macht und die Befürchtung ausspricht, daß bei einem weiteren Umfange dieser Einrichtung große Gefahr für die Landwirthe entstehen müßte. Auch in Deutschland würde dann ein Ring von Großkapitalisten im Stande sein, die Getreidepreise zum Nachtheil der Landwirthe noch mehr als bisher zu beeinflussen. Dieser engherzigen Auffassung gegenüber möchten wir die Ausführungen entgegenstellen, die Graf zu Limburg-Stirum in dem schon erwähnten Artikel über den Nutzen der Einrichtung für die Landwirthe macht. Er sagt, daß gerade in Folge dieser Einrichtung in den Vereinigten Staaten der Landwirth unabhängiger von der Spekulation sei als bei uns. Er berichtet von einem Farmer, der ihm sagte, daß die Landwirthe, die dem Vorgange auf dem Markte genau folgten, die Getreidespekulation in Chicago und Minneapolis sogar gern sahen, weil sie dadurch in die Lage kämen, einen sogen. Boom auszunutzen, bevor er kracht und schlimmstenfalls nur ohne große Nachtheile mit dem Verkauf zu warten brauchten. Graf zu Limburg-Stirum fährt dann wörtlich wie folgt fort: „Ich kann dieser Auffassung eine gewisse Berechtigung nicht absprechen; der Hauptvorwurf, der von unseren Landwirthen der Getreidespekulation gemacht wurde, war der, daß sie in der Zeit, wo der geldbedürftige Landwirth verkaufen muß (im Herbst), die Preise niedrig hielt, sie aber im Augenblick, wo der Landwirth kein Getreide mehr hatte, emporschnellen ließ. Unter solchen Verhältnissen hat der amerikanische Landwirth nicht zu leiden. Ein weiterer Vortheil für ihn besteht darin, daß er unabhängig ist von den kleinen Händlern, die durch ihren Zwischenhandel bei uns außerordentlich viel Geld verdienen, indem sie vor allem den kleinen Landwirth durch allerlei Ausstellungen am Getreide die Preise drücken. Endlich ist nicht zu übersehen, daß der Landwirth durch die geschilderten Einrichtungen gelernt hat, die Vortheile, die die Banken durch Zahlungsvermittelung bieten, kennen zu lernen und zu benutzen. Es giebt wohl kaum einen Farmer, der nicht sein zinsenbringendes Kapital beim Bankier und andererseits sein Checkbuch hat. Dadurch hat das Großkapital selbst Interesse an dem Blühen der Landwirthschaft gewonnen." Auch auf dem Gebiete des landwirthschaftlichen Kreditwesens zeigen unsere deutschen Agrarier, wie auf dem Gebiete der Technik, der Handels- und Verkehrspolitik, ein durchaus rückschrittliches Streben und schädigen dadurch die Interessen der Landwirthschaft weit mehr, als sie durch noch so große Erfolge ihrer staatlichen Liebesgaben- und Schutzmittelpolitik je wieder ausgleichen können.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik der Stellmacher in Stettin ist, nachdem er 14 Tage währte, jetzt beendet. Die Streikenden erreichten anstatt der 11 bis 11½stündigen Arbeitszeit den Zehnstundentag. Der Mindestlohn ist auf 25 Pf. pro Stunde festgesetzt. — Die Breslauer Bierkutscher sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben zunächst bei drei Firmen, die zusammen 200 Arbeiter beschäftigen, ihre Forderungen eingereicht, deren hauptsächlichste folgende sind: 3 M. wöchentliche Lohnzulage, Umsatzprovision pro 1000 Flaschen 1 Mark (bisher 60 Pf.), Arbeitszeit von 6—7 Uhr, einschließlich einer anderthalbstündigen Mittagspause, für Ueberstunden 50 Pf., alle vier Wochen einen freien Sonntag. Die an der Bewegung betheiligten Kutscher gehören zum größten Theil dem Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter an. — Zweihundert Tabackarbeiter in Payerne (Schweiz) sind am 25. Juni in den Ausstand getreten, weil 16 Kollegen, weil sie der Organisation angehören, entlassen worden sind.

Im eigenen Betriebe wird vom 1. Juli ab die „Münchener Post" hergestellt. Vor anderthalb Jahren stimmten die Münchener Parteigenossen dem Vorschlage zu, eine eigene Druckerei einzurichten, und der Plan ist nunmehr verwirklicht worden. In einem Hintergebäude am Wittelsbacher Platz in der besten Lage der Stadt wurden schöne, lichte und große Räumlichkeiten gemiethet, die allen Anforderungen entsprechen dürften. Die völlig neue maschinelle und technische Einrichtung steht natürlich auf der Höhe der Zeit und man findet neben einigen Linotype-Setzmaschinen auch eine große Frankenthaler Zwillingsrotationsmaschine, die in einer Stunde 13 000 16seitige Exemplare gefalzt liefert. Gleichzeitig soll unser Münchener Parteiorgan neben einer umfassenden inneren Ausgestaltung auch eine bedeutende Erweiterung des äußeren Umfanges erfahren. Das Blatt, das bisher täglich in der Regel 6 Seiten stark war, wird von nun ab täglich mindestens 8 Seiten geben, einmal wöchentlich 10 und Sonntags je nach Bedarf 12 bis 16 Seiten. Damit wird die „Münchener Post" in die Lage versetzt, jede Konkurrenz mit den am Orte erscheinenden Tageszeitungen aufzunehmen und damit auch die in München mächtig aufblühende Arbeiterbewegung kräftig zu stützen und zu fördern.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Der Töpfer Klimschak aus Raschkow wurde Montag auf offenem Markte in Kosten (Posen) ermordet. Der Mörder ist entkommen. — Die „Posener Zeitung" meldet, Regierungsrath Dr. Rörig vom Reichsgesundheitsamt habe auf Veranlassung des Oberpräsidenten über den Umfang der durch die Zwergcikade an dem Sommergetreide verursachten Beschädigungen in der Provinz Posen Untersuchungen vorgenommen und gefunden, daß das als „Auswintern" bezeichnete Verkümmern und schließlich gänzliche Verschwinden des Winterroggens vielfach auf die Fritfliege zurückzuführen ist, welche infolge des gleichzeitigen Auftretens der Zwergcikade ganz unbeachtet blieb und stellenweise einen viel größeren Schaden als jene verursacht hat. — Mit einem Stocke erschlagen hat am Sonnabend Abend bei Berlin ein Bahnarbeiter, der unter dem Spitznamen „Dower Anton" bekannt ist, seinen Kollegen, den 71 Jahre alten Arbeiter Lehmann. Es soll ein Racheakt sein. Der Thäter ist verhaftet. Der Todtschlag geschah auf dem Heimweg von der Arbeit. — Vor einigen Tagen wurde in Immenrode bei Goslar der 13jährige Sohn des Tischlermeisters Heine von einer sogenannten blinden Fliege im Gesicht gestochen. Das Gesicht schwoll bald darauf an, und der herbeigerufene Arzt konstatirte eine starke Blutvergiftung, an deren Folgen der Knabe Sonnabend verstarb. — Aus Prag wird gemeldet: Ein Gensdarmeriewachtmeister, der bei einer Steuerexekution auf den sich widersetzenden Landwirth Feuer kommandirt hatte, wodurch der Landwirth lebensgefährlich verletzt wurde, hat sich aus Gewissensbissen erschossen. — Heftige Stürme wütheten am Sonnabend und Sonntag in verschiedenen Gegenden Englands und richteten an den Saaten großen Schaden an. In Portsmouth schlug der Blitz in mehrere öffentliche Gebäude ein. — Ein furchtbares Unwetter wird aus Nord-Portugal gemeldet; durch Hagelschläge, Gewitter und Ueberschwemmungen ist die Ernte vieler Gegenden vernichtet. In Gouvinha am Duero wurden fünf Arbeiter vom Blitz erschlagen. — Das französische Kriegsgericht in Tunis hat den Soldaten Gaetan zum Tode verurtheilt, weil er, als gegen ihn wegen Gehorsamsverweigerung verhandelt wurde, einen Kautabak gegen den Staatsanwalt ausspie. Das Urtheil ist ein neuer Beweis dafür, wie ungeheuerlich die französischen Militärgesetze sind. Die „Petite Republique" erwartet, daß der Präsident den Verurtheilten begnadige. Casimir-Perier und Carnot haben regelmäßig die aus solchem Anlaß gefällten Todesurtheile in verhältnißmäßig kurze Freiheitsstrafen umgewandelt; der aufgeblasenen Faure dagegen

Cirkusblut.

Roman von Heinrich Lee.

36. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Könnten Sie mir den Vorschuß nicht lieber beim nächsten Male abziehen?" fragte Sennor Narvaez mürrisch mit einem abfälligen Blick auf die geringfügigen Zwanzigmarkstücke, die Doktor Schramm vor ihn auf den Tisch gelegt hatte.

„Nein," erwiderte Doktor Schramm in dem bestimmten unbarmherzigen Tone, den er in solchen Kassenangelegenheiten den Mitgliedern gegenüber anschlug — „außerdem", sagte er weiter, „haben Sie sich noch nicht erklärt, ob Sie bleiben wollen, das heißt, wie Sie wissen, mit dem neuen Kontrakt."

Sennor Narvaez murmelte etwas vor sich hin, etwas spanisches, das wie eine dumpfe Verwünschung klang, und steckte dabei das hingelegte Geld mit Verachtung in die Westentasche.

„Ja also — oder nein?" fragte nochmals Doktor Schramm.

Es klopfte.

Curt trat hereiu.

Die Unterhaltung zwischen Doktor Schramm und dem Sennor Narvaez war unterbrochen worden. Aber der Spanier entfernte sich darum noch nicht. Er blieb am Tische stehen.

„Sie wünschen?" fragte Doktor Schramm.

In wohlgeordneten Worten erzählte nun Curt, welcher Zweck ihn herführte; er wünschte nur, sich zu erkundigen, ob er wohl hier im Bureau etwas Näheres dazu erfahren könnte.

„Lassen Sie mir Ihre Adresse hier," erwiderte Doktor Schramm einfach, „ich will mal nachfragen, eventuell schicke ich Bescheid."

Auch Sennor Narvaez hatte zugehört.

Jetzt wandte er sich selber an den Fremden.

„Vielleicht paß ich Ihnen dazu?" fragte er.

Curt sah Narvaez überrascht an.

„Kommen Sie," sagte Sennor Narvaez.

Er öffnete, ohne sich um den Doktor Schramm weiter zu bekümmern, die Thür. Curt konnte sich nur noch verabschieden, Doktor Schramm sagte recht gleichgültig „Adieu", dann stand er mit dem Sennor Narvaez allein draußen im Vestibül.

In demselben Augenblick ging eilig, ohne sich nach Jemand umzusehen, ein junger Mann durch den Raum, er ging auf den Stallgang zu und verschwand dort. Es war Bruno gewesen. Fritz hatte ihm heute Morgen gesagt, daß der Braune einen kranken Huf bekommen hätte. Er hatte seine Arbeit in der Remise deshalb abgekürzt und wollte, obwohl Fritz den Thierarzt, der jeden Morgen in den Cirkus kam, bereits verständigt hatte, persönlich sich von dem Schaden überzeugen.

Curt war bei seinem Anblick zusammengefahren.

Aber er sah gleichzeitig, wie das Erscheinen seines Feindes auch auf Sennor Narvaez eine auffällige Wirkung ausübte. Mit einem unverkennbaren Ausdruck des Ingrimms blickte dieser dem Verschwindenden nach und dabei murmelte er etwas, das jedenfalls wie keine Liebkosung klang, vor sich hin.

Curt empfand, daß dieser Fremde, der sich ihm so rasch, Hals über Kopf, angeboten hatte, trotz seines ihm nicht angenehmen Gesichts, ein sofortiges Interesse für ihn gewann.

„Kennen Sie den Herrn?" fragte er.

Sennor Narvaez lachte höhnisch.

Sein Lachen klang: „Ich kenne ihn nicht und ich hasse ihn, wie du selbst! Hättest du einmal Lust, ihn zu verderben, ich steh dir bei."

„Wenn es Ihnen Recht ist," sagte Curt, „dann wollen wir ein Glas Wein zusammen trinken gehen."

Sennor Narvaez war mit diesem Vorschlag vollständig einverstanden. Es war für ihn keine Seltenheit, daß ihm so eine Einladung geboten und daß sie von ihm angenommen wurde.

Eine Viertelstunde später saß Curt mit Sennor Narvaez in einer Weinstube zusammen. Er hatte sich dazu ein Lokal ausgesucht, das ihm nur vom Vorübergehen her bekannt war, eines von der gewissen Sorte, das seinem fachmännischen Blick von außen verrieth, daß es am Tage leer stand und daß erst Nachts in einer Hinterstube, wenn vorn die Thür geschlossen war, das Leben erwachte, und unbehelligt von der Polizei, ein vertrauter Spielerkreis sich drin versammelte. Curt war hier von niemandem gekannt, sie waren beide die einzigen Gäste und der Wirth kümmerte sich nicht um sie.

Seine ursprüngliche Kommission, die Curt mit Sennor Narvaez noch einmal hier besprechen wollte, war schnell erledigt. Jedenfalls hatte Sennor Narvaez noch vierzehn Tage seinen alten Kontrakt innezuhalten, so lange mußte er noch bleiben. In der Zwischenzeit hatte er also Zeit und Muße genug, sich schriftlich mit Curts Auftraggeber in Verbindung zu setzen und sich schlüssig zu machen.

Curt merkte, daß Sennor Narvaez mit seiner jetzigen Beschäftigung nicht zufrieden war und daß die Cirkusarbeit, wie sie nach dem Stand der Dinge heute für ihn lag, überhaupt nicht sein Geschmack war. Curt bestellte die zweite Flasche und Sennor Narvaez ließ seinen Unwillen immer freieren Lauf. Es schien ganz selbstverständlich, daß sich ein fremder junger Mann für sein Geschick interessirte. Er hätte sonst nicht nach der zweiten jetzt auch noch die dritte Flasche bestellt. Was Sennor Narvaez' Lebenswunsch betraf, so bestand er darin, den ganzen Bettel überhaupt einmal an den Nagel hängen zu dürfen und das Geld dazu zu haben, ein Kaffee aufzumachen, eins wie die Hammonia in Hamburg,

ließ vier Unglückliche thatsächlich deswegen erschießen. — Viele Fälle von Sonnenstich sind in New-York in Folge der jetzt dort herrschenden großen Hitze vorgekommen, mehrere verliefen tödtlich. Der letzte Sonntag war in New-York der heißeste Junitag, der je verzeichnet wurde; es waren 98 Grad Fahrenheit (gleich 36 Grad Celsius) im Schatten. 51 Personen wurden vom Hitzschlag betroffen, von denen 19 starben. Auch aus verschiedenen Theilen des Landes gehen Berichte über außerordentlichen Hitze ein; in Pittsburg erlitten 26 Personen Sonnenstich, von welchem 11 ums Leben kamen. — Bei Newrochelle stieß der Excursionsdampfer „Mohawk" auf einen Felsen Felsen. Alle 900 Passagiere sind gerettet.

Der Arbeitsanzug. Vor dem Schöffengericht zu Spandau wurde dieser Tage folgende Sache verhandelt: Der Arbeiter August K. hatte gegen ein polizeiliches Strafmandat von 3 Mk., welches erhalten, weil er sein am 24. April cr. geborenes Kind nicht innerhalb einer Woche beim Standesamt angemeldet, gerichtliche Entscheidung beantragt; er begründete in der Verhandlung seinen Antrag damit, daß er am 25. April cr. die Geburt seines Kindes anmelden wollte, der Standesbeamte habe ihn aber zurückgewiesen, weil er in seinem beschmutzten Arbeitsanzug erschienen sei. Da er nun leider blos diesen einen Anzug habe, so sei er dann nicht mehr nach dem Standesamt gegangen. Der als Zeuge vernommene Standesbeamte Bischof erklärte, daß er sich für berechtigt gehalten habe, den Mann, welcher in einem beschmutzten Arbeitsanzug vor ihm erschienen, zurückzuweisen. Die Regierung zu Potsdam habe ihm hierin auch zugestimmt, denn sie habe eine Beschwerde des K. als grundlos zurückgewiesen. Das Gericht ist auch der Ansicht, daß der Standesbeamte im Recht war und daß K. die Anmeldung in einem sauberen Anzuge zu machen hatte. Das Urtheil lautete auf 3 Mk. Geldstrafe. — Ein solches Urtheil muß vor allen Dingen vom Unternehmerstandpunkt aus bedenklich genannt werden. Denn der gestrafte Arbeiter fühlt nunmehr die Pflicht in sich, einen besseren Lohn anzustreben, der ihn in den Stand setzt, sich so zu kleiden, daß ein auf Aeußerlichkeiten bedachter Standesbeamter ihm nicht wieder die Thür weist.

Einer neuen Menschenfalle des Berliner Mörders Bobbe ist man in Kreuz, an der Bahn Berlin-Schneidemühl, auf die Spur gekommen. Bobbe hatte sich im Jahre 1898 in der Nähe von Kreuz von dem Gelde, welches er von den Schwiegereltern nach seiner Heirath erhalten hatte, ein von anderen abgelegenes kleines Häuschen gebaut. Um das von außen hübsche Häuschen ist ein ziemlich hoher Bretterzaun errichtet, dessen Pforte, mit der Wohnung durch einen Klingelzug verbunden, stets geschlossen war. Dort hauste Bobbe eine Zeit lang allein und hat wohl den Plan gehabt, den zahlreichen Reisenden, die in Kreuz verkehren, sein Haus als Quartier anzubieten. Wenn reiche Leute dies gethan hätten, würden sie sicher ganz spurlos dort verschwunden sein. Denn jetzt hat man in dem Gebäude, das bereits im Jahre 1899 an einen gewissen Jaeck verkauft worden ist, eine mit großer Raffinirtheit angelegte Menschenfalle entdeckt. In dem Hause wohnen gegenwärtig Arbeitsleute des jetzigen Besitzers. Vor kurzem, als das Gespräch unter diesen Leuten auf Bobbe kam und u. a. auch erwähnt wurde, daß dies der Mann sei, der das sonderbare Haus hat erbauen lassen, äußerte die Frau, welche in der Bobbeschen Wohnung jetzt haust, daß womöglich in ihrer Stube auch eine Menschenfalle angelegt sein könnte. Sie habe sich schon mehrmals darüber gewundert, daß vor dem Ofen ein so überaus großes Ofenblech festgenagelt sei. Sie bewog schließlich ihren Mann, das Blech aufzunehmen. Unter dem Blech fand sich richtig eine Klappe in der Dielung, die sorgfältig eingepaßt und in Charnieren hing. Als man die Klappe aufhob, gähnte den Beschauern ein tiefes, finsteres Loch entgegen. Zugleich kam ein eisiger Luftzug, und man hörte Wasser rauschen. Nunmehr wurden die Polizei und das Gericht benachrichtigt. Eine erste Untersuchung ergab, daß sich unter der Klappe ein Raum von etwa zwei Meter Höhe und drei Meter Breite im Quadrat befand, also groß genug, um einem Viertelhundert Leichen Raum zu gewähren. Auf der westlichen Seite entdeckte man einen Gang, der nach dem kleinen Flüßchen Drage führte, das unweit von Kreuz in die Netze mündet. Der unterirdische Gang ist aber mit Steinen vollgestopft. Am Sonnabend war eine Gerichtskommission aus Friedeberg nach Kreuz gekommen, um die Menschenfalle in Augenschein zu nehmen. Es sollen auch die Stein entfernt werden. Möglicherweise kommt man noch einem Verbrechen auf die Spur.

Sie haben es dazu. Zehn amerikanische Erzmillionäre, die auf der „Deutschland" nach Amerika zurückkehrten, mietheten, wie man dem „B. T." aus London meldet, das Promenadendeck zu ausschließlich eigenem Gebrauche für den Preis von 88 000 Mark!

Die größte Storchkolonie unseres Vaterlandes besitzt wohl unstreitig das in der Sude-Krainke-Niederung in der Nähe von Boizenburg belegene kleine Dorf Besitz. Auf den Dächern, der gewöhnlich aus 2 oder 3 größeren Gebäuden bestehenden Erbpachtgehöfte, befinden sich, wie die „N. Z." schreibt, zum Theil 4 bis 5 Nester. Man zählt insgesammt etwa 75 Nester mit 2, 3, ja sogar 5 Jungen, so daß sich dort z. Zt. 350 bis 400 Störche aufhalten. Einige dieser Nester sind jedoch von Wittwern und Wittwen bezogen, die hier unbekümmert um das Treiben ihrer Kollegen ein beschauliches Dasein führen und nach Aussagen der Ortsangesessenen jedes Jahr allein zu ihrem alten Neste zurückkehren. Sogar Duelle werden ausgefochten, und deren Ursache ist hier stets, wie ja auch zuweilen bei den Menschen, irgend eine zarte Jungfrau. Das letzte Duell war mit tödtlichem Ausgang. Die tapferen Storchkavaliere bissen sich gegenseitig in die Köpfe, so daß sie, nachdem es einem wißbegierigen Menschen gelang, sie aus dem Sumpfe herauszuziehen, nicht mehr zu trennen waren. Sie starben einen edlen Tod und wurden nach zuvoriger Beraubung ihrer schönen Flügelfedern zur Ruhe bestattet. Jetzt sitzt die trauernde Hinterbliebene auf dem Nest mit einem neuen Gatten. Nun, wenn Zwei sich streiten, hat der Dritte den Nutzen davon. Jetzt aber zur Erziehung der Storchjugend. Darin verfährt man ganz spartanisch. Legt die Störchin nach der maßgebenden Meinung ihres Gatten zu viel Eier, so werden dieselben ohne viel Federlesens herausgeworfen. Drei bis fünf Eier erlauben sich die Störche auszubrüten und zwar richtet sich dies nach der Körpergröße der Ehegatten. Die größeren, kräftigeren Störche, die eine große Fläche bedecken können, brüten auf fünf und die kleineren, jüngeren Gatten nur auf drei oder vier Eiern. Kriechen dann die Kleinen aus dem Ei, so werden sie einer ganz genauen Prüfung unterzogen. Findet man, daß sie zu schwach sind, so werden sie einfach herausgeworfen. Das kommt sogar noch vor, wenn die Jungen schon kräftige Flügel haben. Eingriffe von Menschen lassen sich die Störche hierin aber nie gefallen. Es ist schon versucht worden und zwar sehr oft, das Storchpaar zur Annahme des Ausgesetzten zu bewegen, aber stets vergebens! So oft der Mensch den jungen Storchsprößling in das Nest hineinsetzte, so oft wurde das Junge hinausgeworfen, bis ein Mitleidiger das Thier tödtete. Im Volksmunde nennt man ein solches Vorgehen der Störche „Das Bezahlen der Pacht". Ganz allgemein sagt man, daß die Bezahlung im ersten Jahre in einer großen Feder, im zweiten in einem Ei und im dritten in einem jungen Storche bestehe.

Standesamtliche Nachrichten.

vom 23. bis 29. Juni 1901.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.

17. Juni. Arbeiter Georg Rudolf Jacob August Kobbe. 18. Schlosser Friedrich Wilhelm Hagen. 19. Schuhmacher Hans Friedrich Hinrich Bohnsack. Telegraphenleitungs-Aufseher Wilhelm Johann Friedrich Roock. Arbeiter Peter Johan Petersson. 20. Schlachtermeister Carl Joachim Friedrich Bartels. Schlachter Johann Theodor Adolf Lucks (Wilhelmshöhe). Arbeiter Heinrich Wilhelm Schuldt. 21. Arbeiter Johann Friedrich Niemann. Maler Carl Jacob Joseph Heinrich Wilhelm Boht. Arbeiter Johannes Heinrich August Steen. Lagerarbeiter Emil Heinrich Friedrich Groth. 22. Hafenarbeiter August Ferdinand Marschall. Maurer Johann Hinrich Pries. Bahnhofs-Vorsteher Gustav Arnold Rendel. Kaufmann Arnold Friedrich Max Johannes Berg. Arbeiter Karl Johann Heinrich Moll. Arbeiter Heinrich Friedrich Wilhelm Kahns. Eisendreher Karl Weiß. 23. Drechsler Friedrich Christian Ernst Claßen. Zimmermann Friedrich Wilhelm Gustav Orbahn. Arbeiter Joachim Hans Heinrich Klingbiel. 24. Arbeiter Joachim Heinrich Wilhelm Bade. 25. Kaufmann Rudolph Ernst Hegerfeldt. Schlachtermeister Friedrich Carl August Lock. 26. Schlosser Max Friedrich Krogmann. 27. Arbeiter Friedrich Julius Albert Ackermann. 29. Arbeiter Heinrich Rudolf Holst. Nieter Claus Heinrich Poosch.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

16. Juni. Gelbgießer Hans Friedrich Christian Lender. 18. Buchhalter Job Eduard v. Warnsb. Tapezier und Dekorateur Friedrich Wilhelm Ferdinand Reger. Musiker Wilhelm Heinrich Christian Dohse (Zwillinge). 19. Arbeiter Heinrich Friedrich Wilhelm Lau. 21. Maurer Wilhelm Johann Heinrich Grimnitz. Maschinist Ludwig Johannes Theodor Hagen. Schlosser Carl Wilhelm August Paul Becker. 22. Flußschiffer Johann Heinrich Friedrich Klempau. Nieter Heinrich Karl Johann Bruhn. Hausdiener Friedrich Johannes August Stolle. Arbeiter Johann Joachim Peter Baars. 24. Schmiedemeister Paul Simon Dobus. Hafenarbeiter Friedrich Christian Lübkert. 25. Arbeiter Carl Hans Theodor Busch. 26. Bahnhofs-Inspektor Johann Ernst Neuroth. 27. Arbeiter Heinrich Joachim August Bannow. Bäckermeister Carl Friedrich Philipp Christian Wilhelm Piper. 28. Kaufmann Paul Gottfried Erdmann Kraemer. 29. Arbeiter Franz Heinrich Krackow.

Sterbefälle.

23. Juni. Schlossergeselle Heinrich Daniel Julius Weber, 42 J. Friedrich Heinrich Robert Wohler gen. Schmidt, 6 M. Wirth Johann Joachim Friedrich Roocks, 36 J. Arbeiter Johann Friedrich Heinrich Feddern, 69 J. Anna Maria Christine geb. Frantzen, Wittwe des Garbereiters Johann Carl Heinrich Fust, 80 J. Ein todtgeb. Mädchen, V.: Schneider Hermann Joachim Friedrich Wilhelm Widow. Emil Oskar Röhr, 1 J. 11 M. 24. Bäckergehülfe Rudolf August Ferdinand Ludwig Heincke, 44 J. 25. Catharina Margaretha geb. Robrahn, Wittwe des Arbeiters Jochim Hinrich Güldner, 82 J. Pauline Bertha Henriette geb. Rubarth, Ehefrau des Inspektors des Armen-Arbeitshauses Ludwig Heinrich Titus Holst, 29 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeiter Carl Joachim Heinrich Reimers. Ida Louise Friederike geb. Weltzin, Wittwe des Photographen Rudolph Friedrich Georg August Döbel, vorher verwittwete Slomann, 80 Jahre. Elise Christine geb. Wisser, Wittwe des Arbeiters Johann Hinrich Hagedorn, 66 J. Elise Dorothea Margaretha geb. Gaede, Ehefrau des Monteurs Adam Ignatz Kohler, 57 J. 26. Willy Hermann Johann Karlsson, 6 M. Maria Bertha Catharina Böttcher, 1 M. 24 T. 27. Jette Catharina Elisabeth geb. Koop gen. Helm, Ehefrau des Schuhmachers Johann Joachim Heinrich Kripgans, 53 J. Emilie Marie Caroline Hutzfeldt, 23 J. Ein todtgeb. Knabe, V.: Arbeiter Johann Heinrich Joachim Gebien. Schuhmacher Johann Heinrich Berghahn, 79 J. Elisabeth Emilie Mattheß, 2 J. 10 M. Johanna Georgine Friederike geb. Witt, Wittwe des Wagenschiebers Karl Ludwig Gotthard Sager gen. Kuhrt, 78 J. Walther Friedrich Anton Deponte, 1 J. 28. Rentier Friedrich Christoph Diedrich Rand, 70 J. Johannes Otto Friedrich Börck, 1. J. 3 M. Anna Catharina Maria geb. Nau, Wittwe des Arbeitsmannes Christian Hinrich Detlev Westphal, 79 J.

Angeordnete Aufgebote.

24. Juni. Böttcher Joachim Heinrich Hamann und Johanna Katharina Magdalena Dietz. Kellner Hermann Friedrich August Riemer und Caroline Johanna Friederike Schröder, beide zu Treptow a. d. Tollense. Straßenbahnwagenführer Nicolaus Joseph Schmeder und Ida Mathilde Carlsdotter, beide zu Bochum. 25. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Hamann und Emilie Amalie Johanne Hellmann. 26. Schlachtergehülfe Wilhelm Paul Julius Strohfeldt und Elsa Christine Lübcke zu Niendorf i. H. Arbeiter Johann Christian Theodor Wulff und Frieda Elisabeth Christine Kessner zu Boienhagen. Agent Theodor Friedrich Johannes Qualmann und Auguste Caroline Emilie Jacobsen. Sattler und Tapezier Ernst Heinrich Schmalfeldt zu Travemünde und Wilhelme Auguste Dorothea Kohlmetz. Zimmermann August Gotzein und Wilhelmine Sophie Bernbeck. Tischlergeselle Friedrich Heinrich August Westphal und Sophie Betty Mathilde Meyenborg. 27. Verwalter Rudolf Claus Christian Friedrich Kahl und Anna Julie Caroline Martens zu Görnitz. Maler Carl Emil Albert Martin Bernitt und Emma Dora Caroline Conradt. Träger Heinrich Johann August Wilhelm Boje und Doris Auguste Christina Svensson. Feilenhauer Josef Janacek und Anna Margaretha Dorothea Timmermann. Maschinenarbeiter Heinrich Wilhelm Bergeest und Anna Wilhelmine Catharine Martha Witt. Arbeiter Otto Julius Hallmann und Andrea Margarethe Johanna Path. Bäcker und Conditor Wilhelm Hans August Gustav Schlüter zu Neukloster und Klara Anna Sophie Elise Holst zu Zierow. Arbeiter Hans Hinrich Adolf Grimm und Anna Louise Rath zu Genin. Arbeiter Ernst Carl Theodor Reddin und Johanne Marie Nilsen, beide zu Vorwerk.

Eheschließungen.

25. Juni. Musikkünstler Anton Friedrich Hemberger und Helene Charlotte Sophie Elise Rittscher. Maurer Jochen Heinrich Wilhelm Schlichting und Marie Mine Frida Niemann zu Tramm. 25. Seemaschinist Leopold Heinrich Conrad Bock und Sophie Eleonore Henriette Karbarg. 27. Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Hans Herrmann Küstermann und Emilie Cornelia Franziska Gertrud Behn zu Krempelsdorf. 28. Arbeiter Peter Hinrich Friedrich Moll und Maria Friederike Elisabeth Heitmann, beide zu Vorwerk. Arbeiter Wilhelm Asmus Joachim Heinrich Arndt und Doris Magdalena Johanna geich Both geb. Christian. Schiffskapitän Paul Simon August Behrens und Wilhelmine Auguste Dorothea Glogner. Pächter Wilhelm Carl August Ludwig Schultze und Anna Minna Caroline Ida Rüdiger, beide zu Hinrichshagen. Buchhalter Johann Christian Martin Hitze und Dagmar Frieda Hermine Christiane Cathinka Poulsen. 29. Fabrikant Thies Jacob Miesner und Quintina Augusta Fricke.

---

ein Artistenkaffee. Das würde für ihn eine angenehme, einträgliche und würdige Existenz sein, aber das Geld fehlte ihm. Daran lag's. Hergeben wollte es ihm niemand und Sennor Narvaez schimpfte, indem er aus eigener Machtvollkommenheit nun dem Wirthe in dem Vorderraum zuschrie, daß er die Biere bringen sollte, auf Welt und Zeit und Gott.

„Herr Wheeler ist wohl nicht Ihr Freund?" fragte Curt endlich. Er hatte nur sehr wenig getrunken.

Sennor Narvaez schlug mit der geballten Faust auf den Tisch, daß die Gläser klirrten und daß Curt einen Moment aufstand, um zu dem Vorderraum die Thür zuzumachen.

„Ein Schuft ist er — ein Hund!" schrie Sennor Narvaez. Sein dunkles Gesicht war noch dunkler geworden. Seine Augen funkelten wie die eines wuthentbrannten Stieres, dem auf der heimischen Plaza de Heros der Espada mit dem Messer in den Weg tritt.

„Warum?" fragte Curt.

Sennor Narvaez hatte jetzt keine Geheimnisse mehr. Was Curt von ihm zu hören bekam, verstand er allerdings nicht ganz, nur soviel begriff er, daß Sennor Narvaez in der That einen glühenden Haß auf Mr. Wheeler hatte und daß sie in diesem Punkte mit einander einig waren. Er begriff auch, daß Sennor Narvaez ein Mann war, der, wenn man ihn von der rechten Seite nahm, das heißt, wenn man ihm etwa zur Erreichung seines Lebenswunsches mit dem nöthigen Geld unter die Arme griff, zu allem möglichen bereit war — besonders aber, wenn dies seinem intimsten Feinde galt. Was das war, das „alles Mögliche", wovon Curt dachte — darüber setzten sich in ihm noch keine bestimmten Vorstellungen fest, aber es war etwas Grauiges. Plötzlich war es vor ihm aus dem Boden aufgestiegen, mit geisterhaftem blutigen Gesicht. Es war das Antlitz seines Feindes. Er war von seinem Pferde gestürzt, er hatte den Hals gebrochen, aus der Manege wurde ein Todter getragen. Nicht von selber war er gestürzt, eine fremde Faust hatte ihn heruntergestoßen, es war die Faust des Mannes, der ihm trunken gegenüber saß und niemand machte Curt von Barnstorff nun mehr seinen Anspruch auf das Erbe streitig.

Im Vorderraume durch die geschlossene Thür hindurch erklang grell von einem Eintretenden die Klingel.

Curt zuckte zusammen, als hätte jemand hinter ihm gestanden und ihn belauscht.

Er hatte nichts gedacht — nichts! Er war selbst betrunken und die bösen Geister des Weins umnebelten ihn, verzogen sich vor ihm zu allerlei Schreckgestalten, flüsterten ihm ins Ohr, sie waren von dem Tische nicht mehr zu bannen.

Curt sprang auf. Sein Gaumen war trotz des Weins, den er getrunken hatte, wie ausgedörrt.

Sennor Narvaez schlief. Den Kopf in die Hand gestützt, lag er mit dem Oberkörper über dem Tisch. Sein wüstes Gesicht sah, während er jetzt zu schnarchen begann, starr und empfindungslos aus wie das eines Thiers. Finster waren seine Augenbrauen, die schwarz und buschig über der Nase mit einander zusammenstießen, herabgezogen und an seinem sehnigen braunen Halse trat jetzt eine rothglühende Narbe hervor, die sich hinunter bis ans Schlüsselbein zog, das er bei einem Sturze, gleich so manchem anderen seiner Kollegen, einmal gebrochen hatte.

Kahl und frostig blickten die Wände herab und in dem grauen trüben Licht des Regentages sah das Zimmer noch um so unwirthlicher aus.

Curt wollte Sennor Navarez nicht wecken. Er hätte sich in diesem Zustande nicht auf der Straße mit ihm zeigen können. Er bezahlte seine Zeche, legte einen Thaler noch zu und sagte dem schweigsamen Wirth, für den alles nichts Ungewohntes zu sein schien, er solle den Schläfer so lange bei sich dulden, bis er erwachen würde. Dann trat er wieder auf die Straße.

Kalt schlug ihm der Regen ins Gesicht, das Geräusch und Gewühl der Straße umbrandete ihn wieder, der Spuk war hinter ihm geblieben.

Es kam noch immer darauf an, was Onkel Barnstorff herausbekommen würde, ob Mr. Wheeler ein Betrüger war oder nicht. Es mußte einer sein und dann brauchte er mit diesem ehrenwerthen Sennor Narvaez kein Wiedersehen mehr zu feiern. —

„Es ist ein Brief für Sie da, Herr Wheler," sagte der Portier zu Bruno, als er den Cirkus wieder verließ. Der Schaden, der den Braunen betroffen hatte, war nicht gefährlich. Es handelte sich um ein kleines Hufgeschwür, das der Arzt schon bis zum Abend beseitigen zu können glaubte.

Die für die Mitglieder im Cirkus anlangenden Briefe wurden im Restaurant am Buffet aufbewahrt, wo sie in einem gläsernen Kasten steckten.

Bruno wußte nicht, was er von den Zeilen, als er sie gelesen hatte, halten sollte. Vielleicht waren sie ein dummer Scherz. Dennoch beschloß er, da es sich schließlich um nichts schlimmeres als um einen vergeblichen Gang dabei handeln konnte, ihnen Folge zu leisten. Einstweilen schien die Sache ihm nicht wichtig genug, als daß er sich erst den Kopf darüber zerbrach.

Eine Viertelstunde später betrat er das ihm in dem Briefe bezeichnete Haus und zog oben im ersten Stock, wo ihm ein Schild zurechtwies, die Klingel. Ein Mädchen öffnete ihm, er nannte die Zimmernummer, zu welcher er wünschte, Schwester Beate erschien und nachdem sie ins Zimmer des Kranken erst sich erkundigen ging, ob der Ankömmling hereintreten solle, kehrte sie gleich darauf mit der Antwort zurück, daß Bruno willkommen sei. Sie öffnete in dem dunklen Entree vor ihm eine Thür und Bruno trat ein.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theod. Schwartz — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.